

PUBLIC EYE MAGAZIN

Nr. 43 September 2023

KOHLEABBAU IN INDONESIEN

Zuger Minengruppe beutet Borneo aus

Public Eye

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder und Spender*innen möglich.

Sie sind bereits Mitglied?

Herzlichen Dank!

Doppelten Dank, falls Sie eine Mitgliedschaft verschenken.

publiceye.ch/geschenkabo

Sie sind noch nicht Mitglied?

Mit 75 Franken pro Jahr sind Sie dabei und erhalten regelmässig unser Magazin.

publiceye.ch/mitglieder

Oder wollen Sie uns zuerst kennenlernen?

Dann bestellen Sie gratis drei Ausgaben als Schnupperabo.

publiceye.ch/schnuppern

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.

REDAKTION & PRODUKTION
Romeo Regenass (D) und
Ariane Bahri (F)

LAYOUT & INFOGRAFIK
opak.cc

TITELBILD
Muhammad Fadli/Panos

DRUCK
Stämpfli Kommunikation, Bern
Rebello & PerlenValue, FSC

AUFLAGE
D: 28 600 Ex. / F: 10 030 Ex.

ISSN
2504-1266

KONTAKT
Public Eye
Dienersstrasse 12
Postfach, 8021 Zürich

Tel. +41 (0)44 2 777 999
kontakt@publiceye.ch
publiceye.ch

Das Public Eye Magazin erscheint sechs Mal pro Jahr in Deutsch und Französisch. Mitgliedschaft inklusive Abonnement 75 Franken pro Jahr.

SPENDENKONTO
IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4



Wählen, nicht nur tanzen

Ein Klub, Parlamentarier*innen und sogar ein Bundesrat, die ausgelassen tanzen und singen, dazwischen machen sie roboterähnliche Schritte. Das ist in wenigen Worten beschrieben das Video der SVP für die eidgenössischen Wahlen 2023. Dazu eine Rhetorik, wonach man besser tanzt, als dass man sich mit den Händen auf den Strassen festklebt, wie es ein Zürcher Nationalrat in einem Interview im «Blick» formulierte. In den sommerlichen Hitzetagen lag dieser Ton etwas schwer in der (schwülen) Luft. Und weil das Urheberrecht verletzt wurde, musste das Video vorübergehend zurückgezogen werden. Wahlkampf à la SVP.

Gleichzeitig gefällt es gewichtigen Klimasündern gut in der Regulierungszone Schweiz. Die Minenkonzerne und Rohstoffhändler in Zug und Genf machen gewaltige Gewinne mit Kohle, der grössten Dreckschleuder unter den Energieträgern. Doch ihre Vorliebe für den Klimakiller Nr. 1 halten die Unternehmen lieber unter dem Deckel; wofür gibt man sich sonst grün und nachhaltig? Ein Beispiel: Im Februar 2022 hatte die Zuger IMR-Gruppe gesagt, sie habe ihre Anteile an einer Kohlemine auf der Insel Borneo verkauft, deren Abbau dramatische Folgen für die einheimische Bevölkerung und die Umwelt hat. Unsere Recherchen vor Ort und in der Schweiz enthüllen den Trick, mit dem sich der Konzern seiner Verantwortung entzieht.

Warum schaut die Schweiz den Verfehlungen ihrer multinationalen Konzerne immer wieder tatenlos zu? Warum gibt es in der Schweiz noch immer keine Aufsichtsbehörde für den Rohstoffmarkt wie die von Public Eye bereits 2014 erdachte fiktive ROHMA – insbesondere angesichts der kolossalen Herausforderungen, die mit den fossilen Energieträgern und dem Rohstofffluch verbunden sind?

Eine Anpassung des eigenen Konsumverhaltens wird nicht ausreichen, um die Klimakatastrophe zu verhindern; es braucht mutige politische Entscheidungen. Bald sind eidgenössische Wahlen, unser Parlament wird neu aufgestellt. Gehen Sie wählen! Nur so lässt sich etwas bewegen.

Tanzen und sich vergnügen, wie es die SVP tut, ist gut; handeln ist besser. Es ist höchste Zeit, die Party der grossen Klimasünder zu beenden.

Ariane Bahri, Redaktorin Magazin und Publikationen

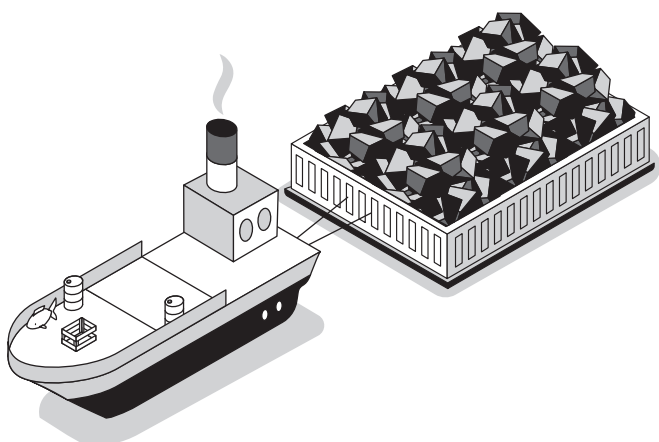


04 Die schmutzigen Methoden einer Zuger Rohstoffgruppe im Regenwald von Borneo

Indonesien ist innerhalb eines Jahrzehnts zum weltweit grössten Kohleexporteur aufgestiegen. Public Eye ist in das Herz des zweitgrössten Regenwaldes der Welt gereist, wo ein Dorf der indigenen Dayak seit 2019 mit einer Mine zu kämpfen hat, die im Auftrag eines Zuger Konglomerats betrieben wird. Der Kohleabbau fordert von den Einheimischen gewaltige Opfer.

17 Ein Zuger Anwalt wäscht seine Hände in Unschuld

Gemäss dem Zuger Anwalt Hans-Rudolf Wild hat die von ihm präsierte IMR-Gruppe die Kohlemine im indonesischen Regenwald abgestossen. Recherchen von Public Eye zeigen jedoch: Die Mine gehört eindeutig zum IMR-Netzwerk.



20 Es braucht eine Aufsicht über den Rohstoffhandel

Durch Russlands Krieg gegen die Ukraine gerät der Rohstoffhandelsplatz Schweiz zunehmend unter Druck. Der Bundesrat schaut einfach zu. Mehr denn je braucht es eine Aufsicht über den Rohstoffmarkt, wie sie Public Eye schon 2014 forderte.

23 Vereint gegen die Willkür der Einschüchterungsklagen

Medien und Organisationen, die auf das Mittel der Recherche setzen, sind immer öfter mit Klagen konfrontiert, die sie einschüchtern sollen. Public Eye hat eine Allianz dagegen mitbegründet.

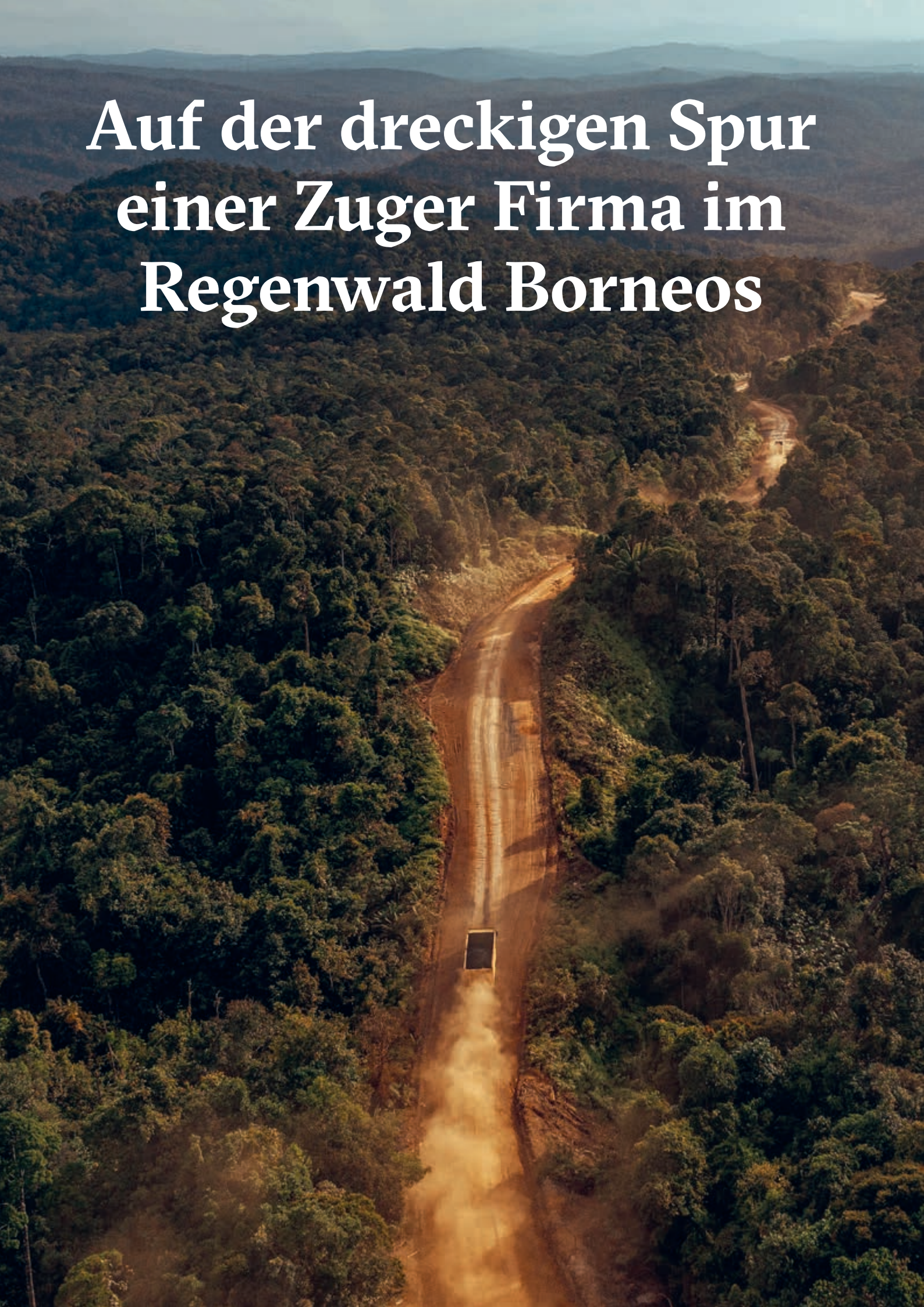
26 Wichtiger Erfolg im Kampf gegen giftige Pestizide

Rückstände von Pestiziden, die in der Schweiz verboten sind, sollen auch bei Importen künftig nicht mehr toleriert werden. 2021 hatte man bei jedem dritten getesteten Importlebensmittel Spuren solcher Pestizide gefunden.

32 Wie Public Eye Junge mit Schulbesuchen abholt

Freiwillige von Public Eye besuchen Schulklassen und Jugendgruppen, um Kinder und Jugendliche für globale Zusammenhänge zu sensibilisieren und Handlungsspielräume aufzuzeigen. Wir waren bei einem Klassenbesuch dabei.

Auf der dreckigen Spur einer Zuger Firma im Regenwald Borneos



Indonesien hat der Bergbauindustrie den roten Teppich ausgerollt und es so geschafft, innerhalb eines Jahrzehnts zum weltweit grössten Kohleexporteur aufzusteigen. Public Eye ist in das Herz des zweitgrössten Regenwaldes der Welt gereist, wo ein Dorf der indigenen Dayak seit 2019 mit einer Mine zu kämpfen hat, die im Auftrag eines Schweizer Konglomerats betrieben wird. Es geht um Landgrabbing, um Luft- und Wasserverschmutzung – also darum, welche Opfer der Kohleabbau fordert.

TEXT: ADRIÀ BUDRY CARBÓ FOTOS: MUHAMMAD FADLI/PANOS

Auf dem vibrierenden Vorplatz der Kirche warten etwa 50 Flipflops und Sandalen geduldig auf ihre Träger*innen. An diesem Karfreitag hat sich die kleine christliche Gemeinde von Tumbang Olong versammelt, um für die Gesundheit eines ihrer Mitglieder zu beten. Sius war nach einer hitzigen Diskussion mit den örtlichen Behörden über die Kohlemine in der Nähe des Dorfes im Herzen des Regenwaldes von Borneo plötzlich krank geworden.

Tumbang Olong. Ein Denkmal, das den Äquator markiert, zwei Ortsteile, die schlicht Tumbang Olong I und Tumbang Olong II genannt werden, und eine Bruderschaft von Politikern an ihrer Spitze. Dieser kleine Ort in Kalimantan (dem indonesischen Teil der Insel Borneo), hauptsächlich von Gemeinschaften der indigenen Dayak bewohnt, galt lange als friedlich und von der Welt abgeschieden.

Doch seit 2019 spaltet der Betrieb einer Kohlemine, die sich etwa 20 Kilometer flussaufwärts befindet, die Gemeinde. Ihre 900 Einwohner*innen leben nun im Rhythmus der Bagger und Lastwagen des Unternehmens Borneo Prima, das im Auftrag des in Zug ansässigen Konglomerats IMR Holding (siehe Seite 17) operiert. Es hinterlässt eine Narbe aus Russ und Schlamm auf dem kahlen Schädel des Hügels. Und macht, dass die Bevölkerung krank wird.

Nach dem Ende des österlichen Gottesdienstes in diesem Land der religiösen Vielfalt bleibt die Ankunft von Besuchern mit vielen Fragen nicht unbemerkt. Mit der Unterstützung der Basler Nichtregierungsorganisation (NGO) Bruno Manser Fonds verbrachten Public Eye und die indonesische Umweltorganisation Walhi eine Woche vor Ort, um die zweifelhaften Methoden eines besonders aufdring-

lichen Schweizer Minenunternehmens zu untersuchen. Das Zahnfleisch mag durch das Betelkauen eingefärbt sein, der Mund ausgetrocknet vom süssen Tee, aber sobald man BP erwähnt, das Kürzel, das hier für Borneo Prima steht, lösen sich die Zungen in Tumbang Olong schnell.

Die Bulldozer des Minenunternehmens haben zuerst die 300 Kautschukbäume von Azis entfernt – «ohne Rücksprache oder Vorankündigung». Danach nahmen sie sich das Land vor, auf dem die Seele von Dewi Sertikas Tante ruht. Und schliesslich kontaminierte die Mine die Wasserquelle, welche die gesamte Gemeinde versorgt und die nach den ersten Bewohner*innen des Dorfes benannt ist: Manan und seiner Frau Ilum.

Die Mine der IMR-Gruppe fördert jährlich 2,3 Millionen Tonnen Kohle, die ausschliesslich per Lastwagen über eine 140 Kilometer lange, holprige und unwegsame Piste zum Flussterminal Muara Laung transportiert werden. Von dort aus wird die Kohle auf breiten, trägen Lastkähnen den Barito-Fluss entlang befördert. Um schliesslich auf ausländische Märkte oder auf die Insel Java verschifft zu werden, wo IMR ein Stahlwerk besitzt.

Zehntausende Lastwagen pro Jahr

Zuvor müssen die Schwerlaste jedoch Tumbang Olong I durchqueren. Eine unablässige Flut von Zehntausenden Lastwagen pro Jahr, die überall Kohlehäufchen verteilen und Staubwolken aufwirbeln. Ab und zu bleiben verunglückte Lastwagen liegen. Manan, der ehemalige geistliche Führer der Gemeinschaft der Dayak, fasst das vorherrschende Gefühl zusammen: «Wir werden wie Erdnusschalen behandelt.» Sie sind Ausgestossene auf ihrem eigenen Land.

Als Dewi Sertika aus der Kirche kommt, hat sie einiges zu erzählen: «Die Behörden sagen, es gäbe keine Probleme. Aber der Dorfvorsteher von Tumbang Olong II wollte mein Wasser nicht trinken.» Für diese junge Mutter, wie auch für die überwältigende Mehrheit der Gemeinschaft, bleiben die Flüsse die Wasserversorgung für alle Bedürfnisse des täglichen Lebens: trinken,

← Die Lastwagen, die auf einer Strecke von 140 Kilometern die Kohle von der Mine zum Verladeterminale am Fluss transportieren, wirbeln entlang der Strasse ständig grosse Staubwolken auf.



Eine Narbe aus Russ und Schlamm auf dem kahlen Schädel des Hügels: die Kohlemine von Borneo Prima.

persönliche Hygiene, Wäsche waschen und putzen. Seit der Eröffnung der Mine muss eine ganze Lebensweise neu erfunden werden. Vor allem in der Regenzeit, wenn die Wassermassen Kohle und Erde in die Häuser und über den Fluss in die Mägen spülen.

Seit der Niederlassung befindet sich BP in einem Machtkampf mit der Gemeinschaft der Dayak. Da diese nicht in der Lage ist, das Minenunternehmen dazu zu zwingen, auf die Umwelt Rücksicht zu nehmen, fordert sie die Firma dazu auf, zumindest Trinkwasser über ein Tanksystem nach Tumbang Olong zu bringen. Doch BP stellt sich taub, und die IMR-Gruppe, die sie beschäftigt, hüllt sich seit den ersten kritischen Berichten des Bruno Manser Fonds Anfang 2022 in Schweigen. Tatsächlich scheint BP nur dann zu reagieren, wenn die Einwohner*innen die Strasse blockieren, über die das Unternehmen die Kohle abtransportiert.

In einem unternehmenseigenen Bericht über die Umweltauswirkungen, den wir uns besorgt haben und

der im Januar 2013 vom Direktor von BP erstellt und handschriftlich unterzeichnet wurde, analysiert das Unternehmen sorgfältig die lokale Demografie sowie das Konfliktpotenzial mit seiner Nachbarschaft. Während 68% der Mitglieder der Gemeinschaft von der Landwirtschaft abhängig sind, um zu überleben, und die Flüsse Murung und Barito zum Trinken, Baden und Waschen genutzt werden, rechnet das Unternehmen mit «signifikanten negativen Auswirkungen» auf die Wasserqualität. Das Unternehmen verspricht die Einrichtung eines Sedimentationsbeckens, um die Erosion zu verringern und den Abfluss von saurem Wasser aus der Mine zu begrenzen.

Zehn Jahre, nachdem der Bericht verfasst wurde, haben wir vor Ort nicht die geringste Spur solcher Massnahmen gefunden. Noch erstaunlicher ist, dass BP zugibt, dass die Firma in das Gebiet von geschützten Arten wie dem Langschwanzmakak, dem Nashornvogel (eine Vogelart mit einem grossen Schnabel mit einem wulstigen Aufsatz) und dem Menintingevogel eindringt. Es wurden jedoch keinerlei Massnahmen getroffen, um deren Lebensraum zu erhalten, was eigentlich mit einem Wiederaufforstungsprogramm während und nach der Kohleförderung stattfinden sollte.

Häufige Erkrankungen der Atemwege

Die lokalen Behörden wiederum scheinen sich nicht um die Gesundheit der Bevölkerung zu kümmern. Laut einem internen Bericht, den wir einsehen konnten, waren Atemwegserkrankungen 2022 die häufigste Ursache für die Konsultation des örtlichen Gesundheitszentrums, das Patient*innen aus fünf Dörfern in der Umgebung der Mine betreut. Sie machen mittlerweile 30% der medizinischen Konsultationen aus, seit der Eröffnung der Mine im Jahr 2019 steigen die Fallzahlen stetig, die Leiterin des Dienstes sieht darin jedoch nur die «Auswirkungen des Klimawandels», der zu mehr Niederschlägen führe. Dass die Bewohner*innen von Tumbang Olong I und II, die der Mine am nächsten liegen, in den Statistiken überrepräsentiert sind, spielt für sie keine Rolle. «BP beugt den Problemen mit dem von den Lastern aufgewirbelten Staub vor, indem das Unternehmen regelmässig Wasser auf den Strassen versprüht», schreibt sie in einem kuriosen medizinischen Gutachten.

Die Verschmutzung von Wasser, Luft und Kultur ist ein wiederkehrendes Problem in Kalimantan, einer Region, die durch den Holzhandel, die Palmölindustrie und nun auch durch Kohlebergwerke ausgebeutet wird.

→ Dewi Sertika holt am kleinen Fluss hinter ihrem Haus Wasser für den täglichen Bedarf. Dieses ist manchmal sehr schmutzig, weil der Schlamm von der Strasse ins Wasser gelangt.





Thomas Wanly ist einer der schärfsten Gegner des Minenunternehmens. Der Jurist sagt, Borneo Prima habe die mündliche Tradition der Einheimischen zynisch ausgenutzt, um ihnen das Land zu entreissen.

Die Teams der Umwelt-NGO Jatam mit Sitz in Jakarta und von Greenpeace Indonesien haben Dutzende Wasserproben aus den Flüssen in den Bergbaugebieten entnommen. Die Ergebnisse sind katastrophal. In fast zwei Dritteln der von Jatam entnommenen Proben wies das Wasser einen Aluminiumgehalt von mehr als 0,5 ppm auf, und das ist für den Reisanbau fatal.

Auf Anfrage von Public Eye verweist Jatam auf die mangelnde Regulierung und den fehlenden Willen des Staates, Kontrollen durchzuführen. Obwohl die Bergbaukonzessionen 10 % des Landes bedecken, «gibt es immer noch keine gesetzlichen Grenzwerte für Schwermetalle wie Aluminium», so ihr Sprecher Ki Bagus Hadikusumo. «Und die Grenzwerte für den Säuregrad der Flüsse sind zu hoch angesetzt und können die Landwirtschaft und die Fischerei nicht schützen.» Doch davon leben diese ländlichen Gemeinschaften.

Der zweitgrösste Regenwald der Welt im Herzen Borneos sichert das Überleben eines einzigartigen Ökosystems mit über 6000 Pflanzen, die nur dort vorkommen, und vielen bedrohten Arten wie dem Orang-Utan und dem Gibbon-Affen. Die Dayak waren früher überwiegend Nomad*innen und lebten isoliert. In den späten 1990er-Jahren liessen sich die zukünftigen Bewohner*innen von Tumbang Olong in der Nähe der Verkehrswege nieder, wobei sie ihre Traditionen und die Kultur der mündlichen Überlieferung beibehielten. Umweltschützer Thomas Wanly, selbst Dayak, fasst zusammen: «Noch heute wird das Land mit blossem Auge durch eine Gratlinie oder natürliche Kanäle aufgeteilt. Ein grosser Baum kann die Grenze zwischen zwei Grundstücken darstellen.» Die Ankunft der Bergbauunternehmen hat diese Menschen in eine völlig andere Realität versetzt.

Wanly ist auch Jurist; er arbeitet mit dem internationalen Programm Heart of Borneo zusammen, das sich für den Schutz der Biodiversität und der lokalen Bevölkerung einsetzt, und begleitet fünf Fälle von Landgrabbing durch BP. Sein letzter Fall endete damit, dass seine Klientin zur Wiedergutmachung als Köchin im Bergbaubetrieb angestellt wurde. Trotzdem macht der Jurist weiter, auch wenn er kürzlich einen Schlaganfall erlitten hat, der einen Teil seines Körpers lähmt. Denn für ihn ist das Empörendste, dass die mündliche Tradition der Dayak ein «rechtliches Schlupfloch» darstellt, das von Borneo Prima zynisch ausgenutzt würde, um «uns das Land zu entreissen». Wer Land besitzt, erhält dafür manchmal eine Entschädigung und ein Arbeitsversprechen. Letzteres wird jedoch nur selten eingelöst.

Tiefer Lohn und keine Sicherheitsgurte

Public Eye konnte mehrere Beschäftigte von BP treffen; um Repressalien zu vermeiden, haben wir ihre Namen geändert. Anang hat eine gegerbte Haut und die Unterarme eines Menschen, der an harte Arbeit gewöhnt ist. Wie andere aus der Dorfgemeinschaft hat er sich bei BP beworben und verdient umgerechnet einen Franken pro Stunde. Anang meint: «Der Lohn hier ist nicht gut. Die Leute rauchen bei der Arbeit und haben keine Sicherheitsgurte. In diesem Jahr habe ich bereits ein Dutzend Unfälle mit Knochenbrüchen und Gehirnerschütterungen gesehen.»

Trotz allem gibt es immer noch viele, die bereit sind, für BP zu arbeiten. Raya, der eine abgewetzte Uniform trägt, sagt, er sei «zu allem bereit, sogar dazu, den Müll aufzusammeln, nur um wieder dort zu arbeiten. Aber sie haben mir gesagt, ich hätte das produktive Alter überschritten». Das ist das Bergbauparadox: In Tumbang Olong sind sich alle einig, dass die negativen Auswirkungen des Bergbaus die Dörfer entvölkern, aber die Mine ist der einzige Arbeitgeber in der Region. Nach unseren Schätzungen beschäftigt BP etwa 15 Dayak,

KOHLELAND INDONESIEN

Die 998 Kohleminen Indonesiens sind sehr ungleich über die Provinzen des Landes verteilt. Mit Abstand am meisten befinden sich auf Kalimantan, dem indonesischen Teil der Insel Borneo.

● Standort einer Kohlemine

1 Zahl der Minenstandorte pro Provinz



Die Kohle wird per Lastwagen zum Flussterminal gefahren, auf den Kohlekahn umgeladen und zum Meer transportiert.



Der Flussterminal Muara Laung im Herzen des Regenwaldes von Zentralkalimantan.

das sind gerade einmal 5% der Belegschaft. In seinem Umweltverträglichkeitsbericht von 2013 versprach das Unternehmen einen Anteil von 65%. In den Holzhütten der Gemeinschaft kommt man immer wieder darauf zu sprechen, dass das Minenunternehmen «sein Versprechen nicht gehalten» hat.

Mehr Rechte für Schweizer Unternehmen

Die in dem Land tätigen Schweizer Unternehmen könnten zudem bald in der Lage sein, die indonesische Justiz einfach zu umgehen. Nach dem Freihandelsabkommen, das 2018 unterzeichnet und 2021 in einer Volksabstimmung bestätigt wurde, hat die Schweiz kürzlich mit Jakarta ein neues bilaterales Investitionsschutzabkommen abgeschlossen: Schweizer Unternehmen ermöglicht es, sich direkt an ein internationales Gericht zu wenden, ohne die nationale Gerichtsbarkeit zu bemühen. So werden die Interessen von Investoren besser geschützt. Diesen Rechten stehen jedoch keine Pflichten gegenüber. Die Verantwortung der Unternehmen, die international anerkannten Menschenrechte sowie Umweltstandards zu respektieren, ist im Abkommen nicht verbindlich festgeschrieben.

Die Strategie der Enthaltung der indonesischen Regierung sticht besonders ins Auge in einem Land, das es gewohnt ist, sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Beispiele dafür gibt es viele: die Ausrufung der Unabhängigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg, die Schaffung und Durchsetzung einer Nationalsprache in einem Land, das in 17 000 Inseln und rund 700 Sprachen zersplittert ist, grosse demografische Projekte (wie das staatliche Programm Transmigrasi mit seinen 2,5 Millionen Umsiedler*innen auf die am wenigsten bevölkerten Inseln Anfang der 1980er-Jahre) oder Programme zur Ernährungssicherheit (Mega Rice oder in jüngster Zeit Food Estate).

Im Bericht «Hungry Coal» beschreibt die NGO Jatam ein Land im ständigen Konflikt zwischen den Interessen der Kohleindustrie und dem Kampf, die Ernährung einer schnell wachsenden Bevölkerung – auf voraussichtlich fast 300 Millionen Menschen im Jahr 2030 – zu sichern. Die Minen verschlingen das fruchtbarste Land und konkurrieren auf einem ständig schrumpfenden Territorium direkt mit dem Reisbau, der die Grundlage für die Ernährung der Indonesier*innen bildet.



Durch die Liberalisierung der ausländischen Investitionen und später die Dezentralisierung der Bewilligungsverfahren für den Bergbau, wodurch die regionalen Behörden für die Vergabe von Konzessionen zuständig wurden, stieg die Zahl der Bergbaulizenzen in den 2000er-Jahren explosionsartig an. Ein Jahrzehnt später wurde Indonesien zum weltweit grössten Exporteur von Kohle, noch vor Australien. Allein dafür gibt es heute 998 Abbaulizenzen mit einer Fläche von über 9 Millionen Hektar, hauptsächlich in Kalimantan und Sumatra. Und das trotz der jüngsten Bereinigung durch die Zentralbehörden, bei der Hunderte von nicht genutzten oder nicht tragfähigen Lizenzen gestrichen wurden. Für 2023 erwartet der Minister für Energie und Bodenschätze eine Produktion von 695 Millionen Tonnen Kohle, wovon drei Viertel für regionale Grossmächte wie China, Indien und Südkorea bestimmt sind.

Dank seinen endlosen Küstenkilometern und langen Flüssen musste Indonesien nicht in teure Infrastruktur wie moderne Eisenbahnstrecken investieren, um seine Kohle zu exportieren. Sein Bergbau besteht grösstenteils aus unzähligen kleinen Minen, die auf die nächstgelegenen Fluss- oder Seewege ausgerichtet sind.

«Dieses System hat es auch den regionalen Behörden ermöglicht, sich durch die Vergabe von Lizenzen zu bereichern», stellt Ki Bagus Hadikusumo von der NGO Jatam mit Verbitterung fest. Die politische Elite ist bis in die höchsten Ebenen hinein in den Bergbau investiert. Zwei Söhne von Präsident Joko Widodo (genannt Jokowi) sassen im Verwaltungsrat eines Kohlebergbauunternehmens, und mehrere seiner Minister sind gar Eigentümer. Die Legislative ist von dieser Einflussnahme nicht ausgenommen. Laut einer Analyse von Jatam sind 55 % der Parlamentsmitglieder Unternehmer*innen, die Hälfte davon im Bergbausektor. Transparency International listet Indonesien auf Platz 110 von 180 seines Korruptionswahrnehmungsindex. Fast ein Drittel der Bevölkerung gibt an, dass er in den letzten zwölf Monaten Beamt*innen bestechen musste.

Die Frage der Entwicklung

Tarigan stammt aus einer Familie, die seit Generationen in der Politik aktiv ist; er leitet das Dorf Tumbang Olong I seit 17 Jahren. Die Strasse, die durch das Dorf führt, wurde in seiner Kindheit von einem Holzunternehmen gebaut. Der 40-Jährige, der 2025 seine dritte und letzte Amtszeit



beenden wird, anerkennt die Schwierigkeit seiner Rolle als Vermittler zwischen der Gemeinde und der Mine. Er betont zwar die Notwendigkeit einer weiteren wirtschaftlichen Entwicklung, um «die Gemeinschaft zu stärken», gleichzeitig äussert Tarigan Bedenken, «Seite an Seite» mit einem «Unternehmen zu leben, das keinerlei soziale und ökologische Verantwortung übernimmt».

Mit diesem Dilemma sieht sich ganz Indonesien, das viertbevölkerungsreichste Land der Welt, konfrontiert. Präsident Jokowi hütet sich davor, den Bergbau und seine Auswüchse zu kritisieren. 2013 mit dem Versprechen gewählt, ein Wirtschaftswachstum von 7% aufrechtzuerhalten, hat er letztendlich nur die Abhängigkeit des Landes von der Kohle verstärkt – und das sowohl bei den Exporten als auch beim heimischen Verbrauch von Strom aus dem Sedimentgestein. Der Anteil der Kohle am Energiemix liegt heute bei 60%. Er wird voraussichtlich weiter steigen, da im Rahmen eines 2015 gestarteten Regierungsprogramms neue Minen eröffnet und neue Kohlekraftwerke gebaut werden. Die Kampagne läuft unter dem Kürzel «35 GW», was für die zusätzliche Kapazität des Stromnetzes steht, von der 20 Gigawatt auf Kohle entfallen.

Wie zum Beweis, dass das Thema heikel ist, haben sich indonesische Beamte nur unter der Wahrung der Anonymität zu einem Gespräch mit uns bereit erklärt. «Kohle ist ein notwendiges Übel, um unsere Entwicklung voranzutreiben. Sie ist eine Übergangsenergie.» So die offizielle Aussage. Das Land nimmt sich, wie Indien, bis 2060 Zeit, um «net zero», die CO₂-Neutralität, zu erreichen. Und bis 2037, um aus der umweltschädlichsten aller fossilen Energien auszusteigen, während es weiterhin in die entsprechende Infrastruktur investiert.

«Indonesien hat keinen glaubwürdigen Plan für den Kohleausstieg», kritisiert Isabelle Suarez, eine ehemalige Mitarbeiterin der Umweltorganisation Crea. Die auf Südostasien spezialisierte Analytistin verweist auch auf die Rolle Chinas und seine 5,5 Milliarden US-Dollar, die im Rahmen des Projekts Neue Seidenstrasse (One Belt One Road) in neue Kohlekraftwerke investiert wurden. Das Projekt wurde 2013 ins Leben gerufen, um insbesondere die Infrastruktur in Asien und Afrika zu entwickeln. Für Suarez verlagert Peking nach und nach seine Kohleindustrie: «Trotz seinem Versprechen, die

Finanzierung von Kohlekraftwerken im Ausland einzustellen, hat sich China zu einem wichtigen Geldgeber für firmeneigene Kohlekraftwerke in Indonesien entwickelt.» Also Kraftwerke, deren Stromproduktion für einen spezifischen Industriebetrieb vorgesehen ist.

Der Anteil der Kohle am Energiemix Indonesiens liegt heute bei 60%. Er wird voraussichtlich weiter steigen, da im Rahmen eines 2015 gestarteten Regierungsprogramms neue Minen eröffnet und neue Kohlekraftwerke gebaut werden.

Aus Sicht des Klimaschutzes ebenso beunruhigend ist die Nickelthematik: Das Metall ist in Indonesien reichlich vorhanden und wird unter anderem für die Herstellung von Elektrobatterien benötigt. Obwohl Nickel das Land zu einem strategischen Akteur der Energiewende macht, treibt sein Abbau den CO₂-Fussabdruck in die Höhe. «Die industriellen Prozesse stützen sich hierzu ausschließlich auf kohlebetriebene Giessereien. Das indonesische Paradox ist, dass ein steigender Bedarf an elektrischen Batterien die Kohleproduktion ankurbelt», so Imam von der NGO Jatam.

Die Opfer der Kohle

Die Provinz Ostkalimantan mit ihren 319 Kohleminen ist das beste Beispiel für diesen Run auf die Kohle. Die Behörden haben dort mehr Bergbaulizenzen vergeben als in jeder anderen Region. In Zeiten fallender Preise, wie zwischen 2015 und 2020, verlassen die Minenunternehmen einfach den Ort, ohne den Tagebau wieder zuzuschütten oder das Gebiet abzusperren. In der zerklüfteten Landschaft bilden die verlassenen Minen riesige Seen, die mit Regenwasser gefüllt sind. Rund um die Stadt Samarinda, deren Gebiet zu 80% von Konzessionen eingenommen wird, sind 80 Schächte ihrem Schicksal überlassen worden, wie eine Studie von Jatam aus dem Jahr 2019 festhält.

Bei den verlassenen Minen geht es nicht nur um die Verschandelung der Landschaft. Laut Jatam sind in den letzten zwölf Jahren 34 Kinder in diesen künstlichen Seen mit ihren brüchigen Klippen ertrunken. Der indonesische Filmemacher Dandhy Dwi Laksono widmete einen Dokumentarfilm dem Thema Kohle, dieser Geissel, die ganze Dörfer in Trauer versetzt. «Der Tod dieser Kinder wird immer noch als Unglücksfall angesehen, nicht als das systemische Versagen einer riesigen Industrie», kritisiert er. «Die Regierung geht das Problem nicht an, weil die Politiker*innen selbst ein Teil davon sind.» Aber dank seinem Film «Sexy Killers», der 37 Millionen Mal angesehen wurde, wird trauernden Familien allmählich bewusst, dass sie nicht die einzigen Opfer der Kohleindustrie sind. →

← In der fragmentierten Insellandschaft liegen die meisten Minen in der Nähe von Flüssen. Die Kohle wird auf solchen Kähnen zu Kohlekraftwerken, Stahlwerken oder Exporthäfen transportiert.

← Das Lager der Arbeiter*innen von Borneo Prima befindet sich einige Kilometer von Tumbang Olong entfernt. Der Ort ist ständig von der riesigen LKW-Flotte der Mine verstopft.



Die Kohlemine von KEL, einer Tochter des Genfer Mercuria-Konzerns, ist von Ölpalmen gesäumt. Neben dem Kohleabbau und der Holzindustrie sind Palmölplantagen die grösste Gefahr für den Regenwald auf Borneo.

Die Sanktionen gegen russische Kohle und der darauffolgende Anstieg der Preise hatten auch einen unerwarteten Effekt auf die Region. So auf einen besonders schönen blauen See in Ostkalimantan, der entstanden war, nachdem das Unternehmen Caraka Mulia 2013 eine Mine aufgegeben hatte. Während Jahren machten einheimische Tourist*innen gern Selfies am See, und Kommentare von Reisenden auf Google Maps warnten «Taucht nicht hinein!». Vor Ort konnte Public Eye allerdings feststellen, dass unterdessen die Minenunternehmen in die Region zurückgekehrt waren. Wo nur ein paar Bäume zur Aufforstung gepflanzt worden waren, karren Lastwagen nun wieder Kohle um das blaue Wasser.

Der Eiertanz von Mercuria

Der Genfer Rohstoffkonzern Mercuria hingegen hatte schon am Ende des Superzyklus der Rohstoffpreise im Jahr 2015 an indonesischer Kohle festgehalten. «Als die Preise fielen, schlossen die lokalen Minen. Mercuria aber machte weiter», bestätigt ein Verkäufer von Satay-Spiesen, der über das Kommen und Gehen der Bergleute in Südkalimantan gut informiert zu sein scheint.

In dieser Provinz befindet sich eine von weltweit zwei Kohleminen von Mercuria (die andere liegt in Südafrika). Vor dem Eingang der Mine ihrer Tochtergesellschaft Kalimantan Energi Lestari (KEL), die seit 2012 Tag und Nacht in Betrieb ist, wundert sich ein

Angestellter über eine schweizerisch-indonesische Delegation, die vor einer Mine haltmacht, als sei sie eine touristische Attraktion. Und das in einer Region, die eigentlich abseits von den Routen der Reiseführer liegt.

Die Gegend mit ihren von der Erosion zerfressenen Strassen, den Karstbergen und den von chinesischen Konzernen betriebenen Untertageminen lohnt jedoch einen Besuch. An der Südostflanke verdeckt eine lange Reihe von Ölpalmen die 6000 Hektar Konzessionsgebiet von Mercuria, von denen 1000 Hektar derzeit bewirtschaftet werden. Im Jahr produziert die Mine 1,5 Millionen Tonnen Kohle, die gewaschen und dann «bis nach Polen» verschifft werde, wie ein Angestellter stolz verkündet. Der Krieg in der Ukraine und die darauffolgenden Sanktionen gegen russische Kohle haben die Preise in die Höhe getrieben, was Kohle profitabler denn je gemacht und neue Handelsrouten eröffnet hat.

Vor den Medien und bei grossen Veranstaltungen hat sich Mercuria beim Thema Kohle immer zurückhaltend gegeben. Auf dem FT Global Commodities Summit im März 2023, dem Rohstoffgipfel in Lausanne, versuchte der Chef von Mercuria, Marco Dunand, den Einfluss von Kohle auf das Jahresergebnis des Unternehmens, das eher als Rohstoffhändler denn als Bergbaukonzern bekannt ist, herunterzuspielen. Eine Journalistin der Veranstalterin «Financial Times» hatte ihn auf der Bühne darauf angesprochen: «3 % des Umsatzes sind nicht unbedeutend.»



Azis musste für den Bau der Strasse zur Kohlemine von Borneo Prima 300 seiner Kautschukbäume hergeben. Die Bulldozer kamen «ohne Rücksprache oder Vorankündigung».

Auf Anfrage von Public Eye bestätigt der Konzern einen Erlös von 3,48 Milliarden US-Dollar (bei einem Gesamtumsatz von 174 Milliarden US-Dollar) aus der Produktion und dem Handel von Kohle im Jahr 2022. Mercuria hat etwa 17 Millionen Tonnen davon verkauft. Der Genfer Riese wollte jedoch weder seine Türen für Public Eye öffnen noch ein Interview zulassen. Mercuria findet, das Unternehmen sei durch seine Investitionen in erneuerbare Energien «in der Dekarbonisierung der Wirtschaft engagiert». «In diesem Sinne ist es nicht angebracht, Mercurias begrenzte Präsenz in dieser Produktklasse [A. d. R., Kohle] noch weiter zu betonen», hält der Konzern in seiner schriftlichen Stellungnahme fest.

Mercuria weist jedoch darauf hin, dass das Sedimentgestein immer noch mehr als ein Drittel der weltweit produzierten Primärenergie ausmacht: «Der Ausstieg aus der Kohle muss auf geordnete Weise erfolgen, indem während des gesamten Übergangszeitraums ein gutes Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage sichergestellt wird.» Bei KEL verspricht Mercuria, dass die «Produktion nach zehn Jahren Betrieb allmählich abnehmen wird», spricht aber gleichzeitig von einem «zusätzlichen Ressourcenpotenzial», das «noch Gegenstand von wirtschaftlichen Machbarkeitsstudien sein sollte».

In der Region, wo niemand von einem Schliessungsplan oder vom Ende des Lebenszyklus der Mine

gehört hat, wird man sich darüber nicht beschweren. Das Unternehmen beschäftigt derzeit etwa 180 Personen und wird diese Belegschaft nicht vergrössern, versichert Mercuria. «Die Umschulung der Mitarbeitenden vor Ort ist ein vorrangiges Thema, und die Schliessung der Mine muss so geplant werden, dass ein möglichst flexibler Übergang zu alternativen Aktivitäten gewährleistet ist», heisst es. Die Löhne sind nach regionalen Massstäben hoch. «Ein LKW-Fahrer kann bis zu 12 Millionen Rupien (730 Franken) im Monat verdienen», sagt ein Branchenkenner. Das ist das Dreifache des Mindestlohns.

In der Genfer Zentrale scheint die Zukunft der Mine KEL ungewisser zu sein als vor Ort. Auf der Website von Mercuria ist die Seite über die Kohleminen nach unserem Mailaustausch verschwunden. Die lokale Gemeinschaft aber kann beruhigt sein: KEL veröffentlicht immer noch Stellenangebote.

Die Wohltätigkeit des Minenunternehmens

Ein braunes Bündel, mit dem sie nervös in ihren Händen spielt. Auf der Vorderseite des Umschlags hat Dewi Sertika gewissenhaft in der Nationalsprache Bahasa vermerkt: «Dokumentation BP (Borneo Prima)». Im Laufe ihrer Erzählung zieht die 42-Jährige die Dokumente und Zertifikate heraus, die ihr Anliegen illustrieren. Es ist, als ob ihre Existenz und das Schicksal ihrer vier Kinder in diesem Bündel enthalten wären. →



Der Tokahan der Tante von Dewi Sertika befindet sich auf dem Minengelände. Im Glauben der Dayak ruhen in diesen geschnitzten Statuen die Seelen der Verstorbenen.

Das erste Dokument ist ein Brief, der eine 3 Hektar grosse Parzelle als ihr Eigentum anerkennt. Die Parzelle liegt nun in der Konzession der Mine und hat es BP bereits ermöglicht, «Tonnen von Kohle zu fördern», wie die Frau sagt. Nachdem sie bei der Stadtverwaltung mit Händen und Füssen darum gekämpft hatte, erhielt Dewi Sertika schliesslich den wertvollen Brief. «Aber sie sagen, dass er keine Rechtsgültigkeit hat», sagt sie, die auch die Zerstörung des Hauses ihrer Schwester durch die Bulldozer von BP erleben musste.

Das zweite ist eine Vereinbarung mit BP, mit der sich Dewi Sertika verpflichtet, den Tokahan ihrer Tante, die letztes Jahr im Bergbauggebiet gestorben ist, zu versetzen. In der Tradition der Dayak ruhen die Seelen der Verstorbenen in diesen Statuen, und die Arbeiter von BP wagten es nicht, sie zu berühren – aus Angst, den bösen Blick auf sich zu ziehen.

Das dritte und letzte ist ein Vertrag, ohne dass das Dokument ausdrücklich so benannt ist. Es ist auf den 20. Januar 2023 datiert und enthält die fettgedruckten Worte «Tali asih», was nach indonesischem Verständnis eine Art Almosen sind. Bei näherer Betrachtung löst BP das «Problem» Dewi Sertika, indem das Unternehmen ihre 3 Hektar Land gegen eine kleine «Schenkung» eintauscht, die auf 10 Millionen Rupien pro Hektar geschätzt wird; das sind umgerechnet 607 Franken. Die Frau versichert

jedoch: «Mir war nicht klar, dass ich mein Land verkaufen würde, als ich das Dokument unterschrieb.» Im weiteren Text heisst es, dass Dewi Sertika und ihre Erb*innen sich verpflichten, auf eine Klage gegen das Bergbauunternehmen zu verzichten. «Das ist eine Kopie, BP hat das Original behalten», sagt sie, während ihre Kinder hinter dem Vorhang im Wohnzimmer die Besucher beobachten.

Dewi Sertika ist eher «enttäuscht als wütend» und trotzdem dankbar für das Geld, welches das Minenunternehmen bezahlt hat. Sie gibt jedoch zu, dass sie die Haltung der örtlichen Behörden nicht versteht, die sich mehr um die Interessen der Bergbauinvestoren als um den Schutz der lokalen Gemeinschaft zu kümmern scheinen.

Bevor sie zum Fluss geht, um Wasser zu holen, sagt sie noch: «Der Dorfvorsteher von hat mir sogar gesagt, dass wir uns schämen sollten, zu protestieren, da wir doch die von BP erstellte Strasse benutzen würden.» Die Grosszügigkeit der Minenunternehmen kennt keine Grenzen. ■

Adrià Budry Carbó ist investigativer Journalist mit Fachgebiet Rohstoffe bei Public Eye.

Muhammad Fadli ist freischaffender Fotograf in Jakarta, Indonesien.

In Zug ist Kohle ein Tabuthema

Gemäss dem Zuger Anwalt Hans-Rudolf Wild hat die IMR Holding, die von ihm präsiert wird, die Kohlemine inmitten des indonesischen Regenwaldes abgestossen. Doch gemäss Recherchen von Public Eye wurden die Aktien zwar an eine undurchsichtige juristische Person in Singapur übertragen. Das Unternehmen gehört aber eindeutig zum IMR-Netzwerk.

ADRIÀ BUDRY CARBÓ

Angeblich wollte er die Kohlemine veräussert haben. Im Februar 2022 erklärte der Zuger Anwalt Hans-Rudolf Wild, dass die Gruppe, deren Verwaltungsrat er vorsteht – die IMR Holding, die in demselben Gebäude wie seine Kanzlei ansässig ist –, ihre Anteile an PT Borneo Prima verkauft habe. Das indonesische Unternehmen betreibt eine Mine im Herzen des Regenwaldes von Borneo, die jährlich mehr als 2 Millionen Tonnen Kohle produziert. Die Regierung in Jakarta hatte sich zusammen mit Malaysia und Brunei verpflichtet, dieses Gebiet mit bedrohten Arten und Pflanzen zu schützen.

In Wirklichkeit hat die IMR Holding unter dem Druck des Bruno Manser Fonds und der Recherchen des «SonntagsBlick» ihre Beteiligung von 49 % auf eine Tochtergesellschaft der gleichen Gruppe übertragen, die IMR Asia Holding in Singapur. Dies geht aus den Daten der Handelsregister von Indonesien und Singapur hervor, die Public Eye einsehen konnte.

«Weitere Informationen sind Geschäftsgeheimnisse»
Gegenüber Public Eye bestätigt Wild lediglich die Änderung der Eigentümerschaft; über die Gründe für die Transaktion, den Zeitpunkt oder den möglichen Verkaufspreis will er nicht sprechen. «Weitere Informationen in diesem Zusammenhang sind Geschäftsgeheimnisse, und wir sehen keinen Grund, diese offenzulegen. Da die IMR Holding AG ihre Beteiligung an PT Borneo Prima aufgegeben hat, ist es nicht mehr ihre Sache, Ihre Fragen zu beantworten», schrieb der vielbeschäftigte Anwalt, der Direktor, Verwaltungsratspräsident oder Geschäftsführer von 45 Unternehmen ist (Stand Anfang Juni 2023). Auch am Sitz der IMR Asia Holding in Singapur war es anscheinend niemandes «Sache», die an die allgemeine Adresse enquiries@imr-resources.com gesandten Fragen zu beantworten.

Gemäss Medienberichten gehört die Singapur Holding zur IMR Metallurgical Resources in Zug, die ebenfalls von Wild präsiert wird. Sie ist an zwei Standorten in Zug präsent: an der Dammstrasse 19, der

offiziellen Adresse im Handelsregister, wo die Gruppe bei der Kanzlei von Anwalt Wild ihren Briefkasten hat, und an der Zugerstrasse 74, wo auch die Holding zu Hause ist, aber niemand an die Sprechanlage geht.

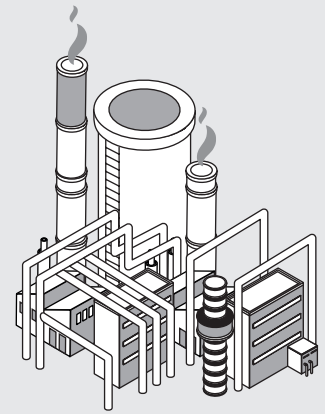
Anwalt Wild weigerte sich, eine lange Liste von Fragen über die Umweltauswirkungen der Kohlemine und seine Tätigkeit als Wirtschaftsanwalt zu beantworten, betonte jedoch, dass die 2004 gegründete IMR-Gruppe keine Briefkastenfirma sei, da sie mehr als 4000 Mitarbeitende an verschiedenen Standorten in der ganzen Welt beschäftigt, darunter auch im Zuger Handelshaus. «Sie wissen so gut wie wir, dass andere, viel grössere Rohstoffunternehmen, die selbst weltweit Rohstoffe abbauen, ihren Sitz in der Schweiz und insbesondere in Zug haben», wirbt Hans-Rudolf Wild um Verständnis. Wild ist ehemaliger Präsident der FDP der Stadt Zug und Partner bei der

Firmenschilder vor dem Sitz von IMR in Zug.

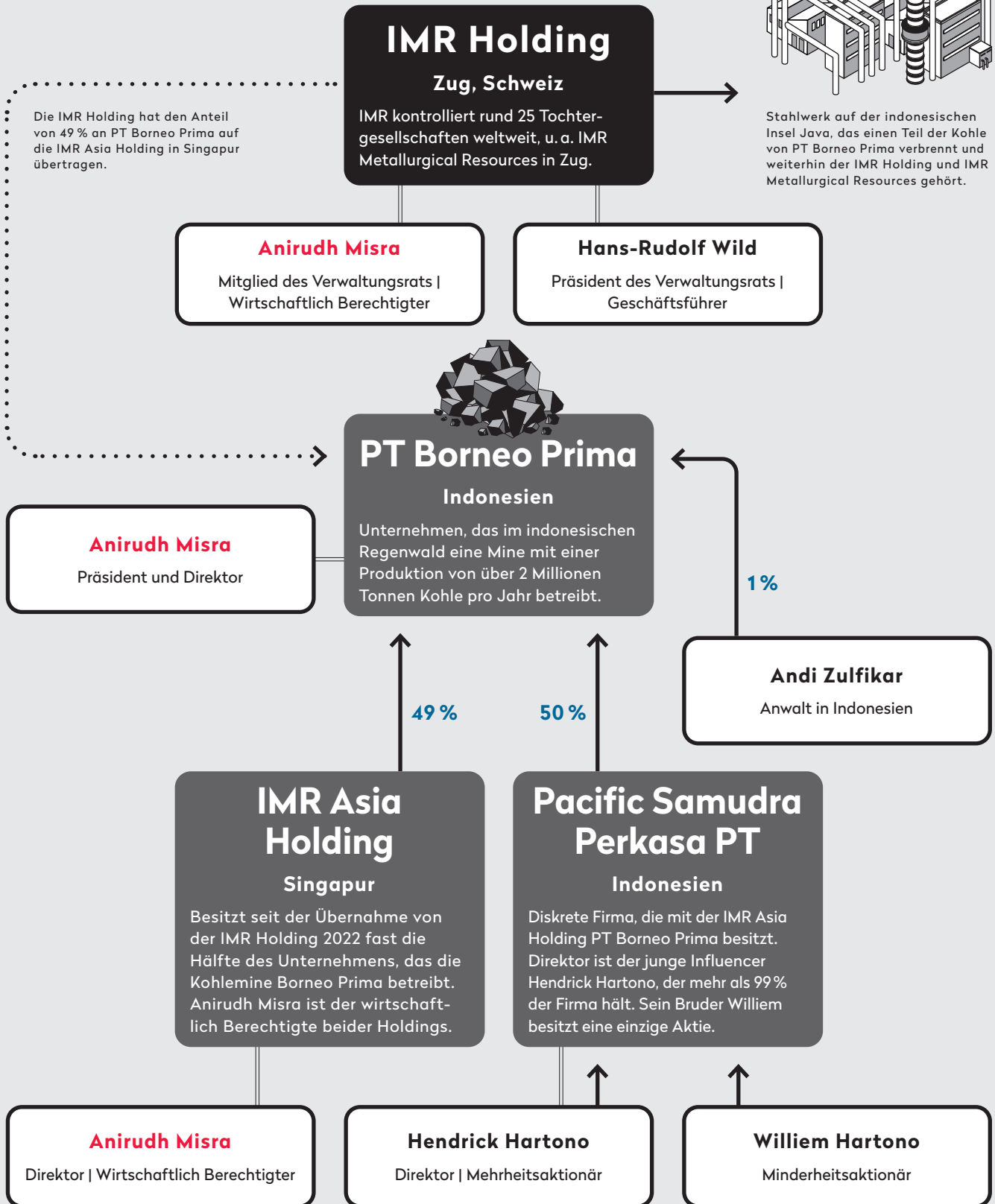


Das Netzwerk der IMR Holding

- Aktienbeteiligung
-→ Ehemalige Aktienbeteiligung
- ==== Funktion



Stahlwerk auf der indonesischen Insel Java, das einen Teil der Kohle von PT Borneo Prima verbrennt und weiterhin der IMR Holding und IMR Metallurgical Resources gehört.



Zuger Anwaltskanzlei Schweiger Law. Es wäre ein Understatement zu sagen, dass die Kanzlei auf komplexe Strukturen spezialisiert ist. Nicht weniger als 284 Firmen sind unter ihrer Adresse domiziliert, manchmal auch direkt im Namen von Anwalt Wild. Schweiger Law ist 1976 vom FDP-Urgestein Rolf Schweiger gegründet worden; dieser sass von 1998 bis 2011 im Ständerat. Selbst die «Neue Zürcher Zeitung» bezeichnete das langjährige Mitglied des Vorstands von Economiesuisse als «stramm wirtschaftsliberal».

In der Schweiz unterliegen Rechtsanwält*innen, Notar*innen, Buchhalter*innen und Treuhänder*innen sowie Anbieter*innen von Dienstleistungen für Trusts und Unternehmen nicht dem Geldwäschereigesetz, wenn sie bei der Gründung und Verwaltung von Gesellschaften beratend tätig sind. Einige dieser einschlägig bekannten Dienstleister bieten ihren Klient*innen Services an, die von der Schaffung komplexer Strukturen zur Verschleierung der Geldströme und zur Wahrung der Anonymität der wirtschaftlich Berechtigten bis hin zur Eröffnung von Bankkonten und der Verwaltung von Vermögenswerten reichen. Einige Anwält*innen verteidigen sogar die von ihnen gegründeten und verwalteten Unternehmen vor Gericht.

Rechtsanwalt Wild ist in der Stadt sehr gut vernetzt und betreut mehrere Mandate für die lokalen Behörden sowie die Korrespondenz von Immobilien- und Rohstoffunternehmen. Auf der Website seiner Kanzlei bezeichnet er sich selbst als Pragmatiker; von seinen Mandanten werde er geschätzt für seine «ausgeprägte Fähigkeit, Probleme zu identifizieren» und «seine Klienten lösungsorientiert zu beraten».

Es bleibt alles in der Familie

Da stellt sich die Frage, welches Problem wohl mit der Übertragung der Anteile an der Kohlemine auf die IMR Asia Holding einer «Lösung» zugeführt wurde. Der Zeichnungsberechtigte des Konzerns macht jedenfalls keine weitere Aussage dazu. Die IMR Holding in Zug ist mit ihren etwa 25 Tochtergesellschaften ausser in Indonesien auch in Indien, Mexiko und Kolumbien tätig. Damit kontrolliert die Holding einen grossen Teil der Wertschöpfungskette, einschliesslich Bergbau, Verarbeitung und Handel. Die Gruppe ist über ihre juristischen Personen an einer Vielzahl von Finanzplätzen vertreten, neben Zug und Singapur auch in Dubai und Peking.

Ein Beweis dafür, dass trotz Verkauf alles in der Familie bleibt, ist das Stahlwerk, in dem ein Teil der Kohle von PT Borneo Prima verfeuert wird. Dieses befindet sich immer noch im Besitz der IMR Holding in Zug. Und die Website der Tochtergesellschaft IMR Metallurgical Resources, die ebenfalls von Rechtsanwalt Wild präsiert wird, listet die indonesische Mine immer noch als einen ihrer Aktivposten auf. Hinter diesem Ge-

wirr von Unternehmen, die unter Holdings zusammengefasst sind, findet man immer wieder die Figur des Geschäftsmannes Anirudh Misra. Er ist unter anderem wirtschaftlich Berechtigter der IMR Holding in Zug und der IMR Holding Asia in Singapur und Vorsitzender der PT Borneo Prima, welche die Kohlemine betreibt.

Die Website der IMR-Tochter, die ebenfalls von Rechtsanwalt Wild präsiert wird, listet die indonesische Mine immer noch als einen ihrer Aktivposten auf.

Rechtsanwalt Hans-Rudolf Wild verwaltet die Unternehmen der IMR-Gruppe im Auftrag dieses 50-jährigen, ehemaligen Mitarbeiters des indischen Konzerns Tata Steel, der einen britischen Pass besitzt und mittlerweile in Irland ansässig ist. Anirudh Misra hat es sich nicht nehmen lassen, mit seinem früheren Arbeitgeber Tata Steel Geschäfte zu machen. In einer Mitteilung von 2018 über die Veräusserung einer juristischen Person machte die indische Tochtergesellschaft kein Geheimnis aus den Verbindungen zwischen den verschiedenen IMRs: «IMR Asia Holding Pte Ltd ist eine Gesellschaft der IMR Metallurgical Resources AG (IRM), eines weltweiten Metallurgie- und Bergwerkskonzerns mit Hauptsitz in der Schweiz.»

Ein erfolgreicher Influencer auf Instagram

Auf Borneo hat sich die IMR Holding mit einer lokalen Gesellschaft namens Pacific Samudra Perkasa zusammengetan, welche die andere Hälfte der Kohlemine besitzt (das restliche 1 % befindet sich in den Händen eines lokalen Anwalts). Die Bewegungen innerhalb ihrer Aktionärsstruktur sind dort ebenfalls faszinierend. Nach dem Tod des Patriarchen Hery Gianto im Juni letzten Jahres wurden dessen Anteile nicht besonders gerecht zwischen seinen beiden Söhnen aufgeteilt: Während Hendrick über 99 % besitzt, hält der älteste Sohn Willem Hartono nur eine Aktie.

Hendrick Hartono, der jetzt Direktor von Pacific Samudra Perkasa ist, bezeichnet sich beruflich als «Reise-Influencer». Bis wir unsere ersten Fragen an PT Borneo Prima richteten, war sein Instagramprofil frei zugänglich. Der junge Mann in seinen Dreissigern produziert dort eine gepflegte Bildsprache und posiert mit glänzender Tolle vor dem Eiffelturm oder in grossen Palästen, zur Freude seiner etwa 172 000 Follower*innen. Das Unternehmen des weitgereisten Influencers hingegen hat keinen Internetauftritt. Wozu auch? ■



Gold aus kleingewerblichen Minen in Burkina Faso findet via Togo den Weg in die Schweiz.

© Pep Bonet/Noor/Keystone

Eine Aufsichtsbehörde für den Schweizer Rohstoffhandelsplatz ist nötiger denn je

Russlands Krieg gegen die Ukraine hat die Bedeutung der Schweiz als Rohstoffhandelsplatz in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Seine Risiken und negativen Auswirkungen sind seit Jahren bekannt und auch vom Bundesrat grundsätzlich anerkannt. Dennoch tut sich nichts, während der Druck aus dem Ausland steigt. Eine Aufsicht über den Rohstoffmarkt, wie sie Public Eye schon vor zehn Jahren gefordert hat, braucht es heute mehr denn je.

ROBERT BACHMANN

ROHMA. Erinnern Sie sich? Vor bald zehn Jahren hat Public Eye die Idee einer Rohstoffmarktaufsicht lanciert. Und sie in einer politischen Kampagne auch gleich umgesetzt, wenn natürlich nur virtuell. Die Website dieser Spezialbehörde für den Rohstoffhandel, gestaltet nach dem Vorbild der Finanzmarktaufsicht FINMA, wirkte damals so glaubhaft, dass wir sogar spontane Stellenbewerbungen erhielten. Dabei erfahren Besucher*innen von rohma.ch gleich zu Beginn, dass «die ROHMA eine fiktive Behörde ist, entstanden aus der Vision, die Schweiz würde wirksame Massnahmen gegen den Rohstoff-Fluch ergreifen».

Dass diese Hoffnung weiter unerfüllt bleibt, wirkt heute noch stossender als damals. Die Forderung nach einer Aufsicht über den Sektor hatten wir in erster Linie gestellt, um die zentrale Rolle der Schweizer Handelskonzerne beim Rohstofffluch zu unterstreichen. Also der Tatsache, dass rohstoffreiche Länder trotz ihren Bodenschätzen mehrheitlich in grosser Armut verbleiben und zudem häufig unter Korruption und Konflikten leiden. Eine Aufsichtsbehörde, so die Absicht, würde sicherstellen, dass die Unternehmen offener geschäften und griffige Sorgfaltsprüfungen entlang ihrer Wertschöpfungsketten vornehmen. Dies würde verhindern, dass mit illegalen oder illegitimen Rohstoffen gehandelt wird,

das heisst mit solchen, für die Menschenrechte verletzt oder Umweltnormen missachtet wurden. Zudem würde die Behörde kontrollieren, dass die Firmen ihre Pflichten bezüglich Vertrags- und Zahlungstransparenz erfüllen, internationale Sanktionen befolgen und auf aggressive Steuervermeidung verzichten. So könnte auch die grassierende Korruption im Rohstoffsektor bekämpft werden, wegen der viele Förderländer keinen fairen Anteil an ihrem Ressourcenreichtum erhalten. Denn Unternehmen, die sich mit Schmiergeldern exklusiven Zugang zu Bodenschätzen erkaufen, sind so alt wie das Geschäft selbst.

Eine lange Reihe von Verfehlungen

Inzwischen sind die Risiken und negativen Auswirkungen des Schweizer Rohstoffhandelsplatzes breit bekannt; sie werden auch vom Bundesrat grundsätzlich anerkannt. Aber dagegen unternommen wurde damals wie heute viel zu wenig. 2013 publizierte der Bundesrat seinen Grundlagenbericht zur Rohstoffbranche, also kurz bevor wir die ROHMA als Kampagneninstrument lancierten. Er identifizierte damals vier Bereiche, in denen die Rohstoffhändler einem Risiko ausgesetzt sind oder ein solches darstellen: Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden, Steuern und illegitime Finanzflüsse, Korruption und Geldwäscherei sowie Sanktionen und

Embargos. Als Lösung setzte er auf freiwillige Massnahmen, auf Appelle an die Unternehmensethik und – als Schweizer Patentlösung für alle Probleme – auf Selbstregulierung. Dass dies im Hochrisikosektor Rohstoffhandel bei Weitem nicht ausreicht, zeigen die vielen Berichte über die Verfehlungen der Rohstoffbranche, die Public Eye seit 2014 veröffentlicht hat. Eine Auswahl:

- **2014:** Glencore nutzt Buchhaltungstricks, um in Sambia den Staat um seine Einnahmen aus der Kupfermine Mopani zu bringen.
- **2015:** Ein kleiner Genfer Ölhändler bereichert sich an einer Raffinerie in der Republik Kongo – in Komplizenschaft mit dem Sohn des Präsidenten.
- **2016:** «Dirty Diesel» – Schweizer Rohstoffkonzerne nutzen lasche Umweltstandards in westafrikanischen Ländern gezielt aus, um giftige Treibstoffe zu verkaufen, die in Europa längst verboten sind.
- **2017:** Gunvor verschafft sich mit Schmiergeldzahlungen und politischer Einflussnahme Zugang zum Erdölgeschäft in der Republik Kongo.
- **2018:** Vitol verschafft sich über ein undurchsichtiges Joint Venture, in das drei Personen aus dem Umfeld des Schwiegersohns des damaligen Präsidenten involviert sind, Zugang zu den Ölvorkommen Kasachstans.
- **2019:** Im kriegsgeplagten Südsudan leiht Trafigura der Regierung Dutzende Millionen als Vorfinanzierung für Erdölverkäufe – über einen Mittelsmann, der den Konfliktparteien Waffen verkauft hatte.
- **2020:** Über 1,5 Millionen Kinder schufteten unter missbräuchlichen Bedingungen auf Kakaoplantagen in Westafrika. Die Schweizer Schokoladenhersteller und Kakaohändler nehmen ihre menschenrechtliche Verantwortung kaum wahr.
- **2021:** In Ecuador beutet Gunvor nicht nur das Amazonasgebiet aus, sondern steckt erneut im Zentrum einer grossen Korruptionsaffäre, in der auch die Schweizer Bundesanwaltschaft ermittelt.
- **2022:** Schweizer Agrarhandelskonzerne sind weltweite Plantagenbesitzer und verantwortlich für Missstände wie Vertreibungen, Arbeitsrechtsverletzungen und Abholzung.
- **2023:** Eine Kohlemine in Indonesien, betrieben im Auftrag einer in Zug ansässigen Holding, verseucht Luft, Wasser und Erde der lokalen Bevölkerung.

Laissez-faire der Politik

An bundesrätlichen Beschwörungen und Appellen ans Verantwortungsbewusstsein der Rohstoffhändler hat es seit 2014 nicht gemangelt. Und nach einer langen Kampagne hat sich im November 2020 sogar eine Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung für die Konzernverantwortungsinitiative ausgesprochen. Dass die Vorlage am Ständemehr scheiterte, brachte das politische Anliegen

weiter Bevölkerungsteile nicht vom Tisch. Im Gegenteil: Die EU machte vorwärts und steht kurz vor Abschluss eines Konzernverantwortungsgesetzes. Die «Corporate Sustainability Due Diligence Directive» tritt voraussichtlich im Frühling 2024 in Kraft und macht die Schweiz zum einzigen Land in Europa ohne griffige Gesetzgebung zur Konzernverantwortung.

Dass die Machenschaften der Rohstoffhändler eine spezifische Aufsicht erfordern, zeigen die zahlreichen und – für die betroffene Bevölkerung wie auch den Ruf der Schweiz – schwerwiegenden Verfehlungen. Einige kleine Erfolge konnten dank Druck aus Parlament und Zivilgesellschaft in den letzten Jahren aber trotzdem erkämpft werden. So hat die Schweiz im Rahmen der Aktienrechtsreform 2019 Rohstoffunternehmen verpflichtet, über ihre Zahlungen an staatliche Stellen Bericht zu erstatten. Das gilt jedoch nur für Unternehmen, die selbst Rohstoffe fördern, und nicht für reine Händler – die den Grossteil der Firmen ausmachen. Zwar hätte der Bundesrat das Recht, im Rahmen eines international abgestimmten Vorgehens diese Zahlungstransparenz auch auf die Rohstoffhändler auszuweiten – er hat bislang jedoch noch keinerlei Bemühungen in diese Richtung unternommen. Mehr Zahlungstransparenz ist aber die Voraussetzung, um zu wissen, ob sich Unternehmen beispielsweise über Schmiergeldzahlungen vorteilhafte Förderlizenzen erkauf haben.

Bundesrat will bessere Daten, lässt sich aber Zeit

Im Juni 2022 hat der Bundesrat zudem versprochen, die statistische Erfassung des Rohstoffhandels zu verbessern. Das war ein Eingeständnis, dass zu wichtigen Aspekten wie der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Branche (mittlerweile rund 10 % des Bruttoinlandprodukts) oder den gehandelten Gütern keine belastbaren Zahlen vorliegen. Noch ist nicht bekannt, wie die statistischen Daten künftig erhoben werden sollen und ob dies tatsächlich mehr Transparenz schafft. Denn die Umsetzung dieser Massnahme wurde auf die lange Bank geschoben: Über ein Jahr nach der Ankündigung schweigt sich der Bundesrat weiter aus, wie und bis wann er die marode Datenlage verbessern will.

Zu den bereits 2014 offiziell anerkannten Risiken der Branche sind in den letzten Jahren zwei wichtige dazugekommen: die Auswirkungen des Handels mit fossilen Brennstoffen auf das Klima und die indirekte Finanzierung des russischen Angriffs auf die Ukraine über den Schweizer Rohstoffhandelsplatz.

Die Auswirkungen auf das Klima hat Public Eye 2022 am Beispiel Kohle illustriert: Die über 500 Millionen Tonnen, die Unternehmen in der Schweiz jährlich verkaufen, machen 40 % des globalen Kohlehandels aus. Die CO₂-Emissionen, die entlang der gesamten Wertschöpfungskette entstehen, übersteigen den jährlichen Ausstoss der USA. Trotz dem Wissen darüber, wie schädlich fossile

Brennstoffe, allen voran Kohle, für das Klima sind, versuchen die Rohstoffhändler so lange wie möglich, an diesem einträglichen Geschäft festzuhalten. Letztes Jahr wurde so viel Kohle verbrannt wie noch nie in der Geschichte der Menschheit. Glencore erzielte über 50 % seines Jahresergebnisses (vor Steuern und Abgaben) mit dem Kohlegeschäft. Nimmt man das Ölgeschäft dazu, waren es sogar mehr als 70 %. Und entgegen allen Versprechungen in seinen Hochglanzprospekten plant der Zuger Rohstoffriesen nicht, sich aus dem einträglichen Geschäft in nächster Zeit zurückzuziehen. Ohne staatliche Regulierung werden die Rohstoffkonzerne ihre fossilen Dreckschleudern kaum so rasch ausrangieren, wie das fürs Erreichen der globalen Klimaziele nötig wäre.

Grundlegend umgewälzt wurde der Rohstoffhandel vom russischen Angriff auf die Ukraine. Russland ist einer der weltweit grössten Exporteure von Erdgas, Erdöl, Kohle und Gold, beim Weizen liegt das Land mit einem Weltmarktanteil von 21 % an der Spitze. Im Handel mit allen Rohstoffen spielen Schweizer Unternehmen eine führende Rolle. Durch die Sanktionen der USA und der EU, die von der Schweiz übernommen wurden, sind der Handel mit Kohle und Gold mittlerweile komplett verboten. Der Handel mit Erdöl untersteht strengen Auflagen, was dazu geführt hat, dass sich dieser sowieso schon undurchsichtige Sektor komplett in den Schatten zurückgezogen hat. Klare Informationen über Preise, Handelsflüsse, Unternehmen und ihre wirtschaftlich Berechtigten sind, wenn überhaupt, nur noch mit enormem Aufwand zu bekommen. Das gilt nicht nur für eine Organisation wie Public Eye, sondern auch für die Behörden in Bern, welche die Einhaltung der Sanktionen überwachen und durchsetzen sollten.

Der Druck auf die offizielle Schweiz nimmt zu

Die Vogel-Strauss-Politik der Regulierungssoase Schweiz führt zunehmend zu Kritik im In- und Ausland. Nächstes Jahr werden zehn Jahre vergangen sein, seit die ROHMA als politische Vision lanciert wurde. Dass Bundesrat und Parlament in dieser Zeit keinerlei nennenswerte Regulierungsmassnahmen eingeführt haben, beobachten andere Staaten mit zunehmendem Argwohn. Und schreiten mitunter sogar selbst zur Tat.

2022 hat sich Glencore in Strafverfahren in den USA und in Grossbritannien der Korruption schuldig bekannt und musste Bussen in Milliardenhöhe bezahlen. Das Ausmass der korrupten Praktiken muss so systematisch gewesen sein, dass das US-Justizdepartement während dreier Jahre die Umsetzung seiner Auflagen an die interne Rechtsabteilung und das Risikomanagement des Zuger Unternehmens extern überwachen lässt – mit einem sogenannten «compliance monitor». Der New Yorker Bundesstaatsanwalt Damian Williams, der das Verfahren führte, formulierte es so: «Im Grunde zahlte Glencore Be-

stechungsgelder, um Geld zu verdienen – Hunderte von Millionen US-Dollar. Und es tat dies mit der Zustimmung und sogar mit der Ermutigung des Topmanagements.» Über den grössten Schweizer Rohstoffkonzern wird also bis 2025 ein ausländischer Staat wachen. Und in der Schweiz? Ein laufendes Verfahren wegen Korruption in der Demokratischen Republik Kongo, das im Juni 2020 auf Strafanzeige von Public Eye eröffnet wurde, ist noch immer hängig.

Zielkonflikt des Staatssekretariats Seco?

Auch bei der Umsetzung der Sanktionsmassnahmen gegen den Handel mit russischem Erdöl, der bis Februar 2022 zu 50 bis 60 % von Schweizer Unternehmen abgewickelt wurde, steht die Schweiz unter Beobachtung. Seit die Sanktionen in Kraft getreten sind, häufen sich Berichte darüber, wie die Ölhändler Schlupflöcher und juristische Spitzfindigkeiten ausnutzen, um die Geschäfte im Verborgenen weiter zu betreiben. Damit soll wohl in erster Linie das Reputationsrisiko Russland minimiert werden – kaum ein Unternehmen will mit Russland assoziiert werden, ganz aufgeben will man das lukrative Geschäft aber auch nicht. Es deutet allerdings einiges darauf hin, dass so auch Deals abgewickelt werden, die nicht sanktionskonform sind. Dieser Verdacht hat bereits die US-Behörden auf den Plan gerufen, die das Thema im Juli 2023 in Genf an einem Treffen mit Suisso – dem Branchenverband der Rohstoffhändler, bisher als STSA bekannt – angesprochen haben. Die Frage drängt sich auf, ob das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), das gleichzeitig für die Umsetzung der Sanktionen und für die Wirtschaftsförderung zuständig ist, nicht in einem Zielkonflikt steckt.

Eine Aufsichtsbehörde für die Rohstoffhändler, deren Geschäfte nicht nur gewaltige Konsequenzen für Mensch und Natur, sondern auch massive geopolitische Auswirkungen haben, ist heute nötiger denn je. Im Parlament wurde bereits im Juni 2022, vier Monate nach Beginn der russischen Invasion der Ukraine, in einer Motion der Grünen ebendies gefordert. Sie wurde allerdings im Nationalrat klar verworfen, SVP und FDP stimmten geschlossen dagegen, die Mitte-Fraktion mit Ausnahme der EVP und einigen Einzelstimmen ebenso. Auch die SP hatte vergangenes Jahr eine ähnlich lautende Motion eingereicht, über die aber noch nicht abgestimmt wurde.

Immerhin: Eine Mehrheit der aussenpolitischen Kommission des Nationalrats hat sich Ende Juni 2023 für eine Überprüfung der Durchsetzung der Russland-sanktionen im Rohstoffsektor ausgesprochen. Nur die SVP war dagegen. Wird das Postulat vom Nationalrat bestätigt, muss der Bundesrat untersuchen, ob die Sanktionen im Rohstoffsektor eingehalten werden und wie die Durchsetzung gegebenenfalls verbessert werden kann. Für Public Eye ist klar, dass die ROHMA Teil einer Lösung für dieses drängende Problem sein muss. ■



Ohrfeigen, die NGOs einschüchtern sollen

Slap ist das englische Wort für Ohrfeige. Mit einem P mehr und als Abkürzung steht das Wort für missbräuchliche Klagen, mit denen Nichtregierungsorganisationen und Medien eingeschüchtert werden sollen. Public Eye wehrt sich gegen die Zunahme dieser Einschüchterungsklagen und engagiert sich in der von ihr mitgegründeten Schweizer Allianz gegen Slapps.

ROMEO REGENASS

Organisationen, die sich wie Public Eye für Menschenrechte oder die Umwelt engagieren und dabei auf das Mittel der Recherche setzen, sehen sich heute einer zunehmenden Zahl von Klagen oder Klagedrohungen gegenüber. Im Gegensatz zu herkömmlichen Klagen gegen Persönlichkeitsverletzungen geht es dabei allerdings meist um die Einschüchterung der Betroffenen und nicht um das Gewinnen im angestrebten juristischen Prozess.

Solche missbräuchlichen Klagen werden als Slapps bezeichnet, als «strategic lawsuits against public participation» – auf Deutsch «strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung». Solche Einschüchterungsklagen werden sowohl von finanzkräftigen Unternehmen als auch von vermögenden, oft politisch exponierten Privatpersonen eingereicht. Mit dem strategischen Druckmittel sollen die Kritik in der Öffentlichkeit eingedämmt und die Berichterstattung gestört werden. Kritische Stimmen sollen mundtot gemacht und auch finanziell unter Druck gesetzt werden; vor allem bei kleinen Organisationen kann dies zur Selbstzensur führen.

Als Organisation, die hartnäckig recherchiert, um illegale und illegitime Wirtschaftspraktiken zu enthüllen, die den Menschen in anderen Ländern schaden, ist Public Eye vom Phänomen der Slapps sehr stark betroffen. Anwaltschreiben, die zu aufwendigen Gerichtsverfahren führen können, sind leider längst Teil unseres Alltags und bei der Planung und Umsetzung investigativer Recherchen von Anfang an einzukalkulieren. Es sind zahllose Stunden, viele schlaflose Nächte und ungeheure finanzielle Ressourcen, die draufgehen, um das Recht zu verteidigen, als Teil einer wachsenden Zivilgesellschaft unseren Job zu machen. Für die klagende Partei ein nicht unwillkommener Nebeneffekt.

An unserer Generalversammlung machten wir im Juni publik, dass ein Rohstoffkonzern Public Eye mit einer Schadenersatzforderung über 1,8 Millionen Franken droht. Dies, weil wir kritisch über den Konzern berichtet und ihn angeblich in seinen Persönlichkeitsrechten verletzt haben sollen. Für Raphaël Mahaim, Nationalrat der Grünen und von Public Eye beauftragter Anwalt, wäre eine Klage über eine so gigantische Summe gegen eine Nichtregierungsorganisation (NGO) unverhältnismässig.

Er sieht darin eine Slapp: «Es geht bei solchen Klagen nicht primär um den Schutz der Persönlichkeit; die Klagen wollen mit ihnen erreichen, dass man auf eine Publikation verzichtet, Teile davon zurücknimmt oder zumindest erst später damit an die Öffentlichkeit kann. Ein strategisches Mittel, um eine NGO einzuschüchtern.» Bereits 2017 war Public Eye mit einer Klage wegen Persönlichkeitsverletzung konfrontiert gewesen. Sie hatte reichlich skurrile Züge: Klägerin war eine mittellose Ägypterin, die angeblich einen Anwalt beauftragt hatte, der dem Pharmakonzern Roche nahestand (siehe Seite 25).

Löschen von 250 Publikationen gefordert

Dass wir nicht allein sind und das Ganze System hat, zeigen jüngste Entwicklungen im Fall des Bruno Manser Fonds (BMF). Im jahrelangen Abwehrkampf gegen die mächtige malaysische Taib-Familie, die mit ihren Unternehmen die Abholzung grosser Teile des Regenwaldes im Bundesstaat Sarawak verantwortet, hat der BMF im Juli 2022 einen wichtigen Etappensieg errungen: Die Staatsanwaltschaft Basel hat das Strafverfahren gegen ihn und seinen Geschäftsführer Lukas Straumann eingestellt, weil sie alle Vorwürfe für haltlos hält. Doch ein Zivilrechtsprozess ist immer noch hängig. Darin fordert die Familie Taib, dass der BMF 250 Publikationen und Dokumente löscht, die über eine Zeit von zehn Jahren veröffentlicht wurden. Dieser Kampf hat die NGO bis anhin einen «mittleren sechsstelligen Betrag gekostet». Ausgang ungewiss.

Eine Untersuchung des Hilfswerks Heks von 2022 zeigt, dass Klagen und Drohungen gegen NGOs in der Schweiz in den letzten Jahren stark zugenommen haben. Befragt wurden elf Organisationen, die Publikationen und Recherchen über das Verhalten von Unternehmen in den Bereichen Menschenrechte, Umwelt und Korruption veröffentlichen. Public Eye hatte an der Umfrage zwar teilgenommen, wurde schliesslich aber nicht berücksichtigt, weil die hohe Zahl von Verfahren aus Sicht von Heks das Resultat verfälscht hätte.

Sechs von elf NGOs sind betroffen

Auch ohne Public Eye spricht das Resultat Bände: 2022 waren bereits sechs von elf befragten Schweizer NGOs von Klagen durch Konzerne und politisch exponierte Personen betroffen. Elf der insgesamt zwölf Klagen sind seit 2018 eingereicht worden. Hinzu kommen 19 Klagedrohungen, etwa indem per Einschreiben mit «juristischen Schritten» gedroht wurde. Zwei Beispiele dafür:

- Nach der Veröffentlichung der Studie «Die dunkle Seite des Goldes» durch die Entwicklungsorganisation Swissaid verklagte die Tessiner Goldraffinerie Valcambi die NGO zivilrechtlich sowie einen Mitarbeitenden strafrechtlich. Valcambi missfiel, dass

Swissaid zahlreiche Ungereimtheiten im Handel mit Gold aus Konfliktgebieten aufgedeckt hatte. Selbst der Präsident des Schweizer Edelmetallverbands kritisierte Valcambi nach der Publikation der Swissaid-Studie für ihre Geschäftspraxis.

- Vor der Veröffentlichung eines Buches der NGO Multiwatch, das die verschwiegene Rohstoffgeschäfte von Glencore beleuchtet, verlangte der Konzern unter Androhung rechtlicher Schritte eine Anpassung des Titels und gewisser Inhalte. Aus «Drecksgeschäfte – Milliarden mit Rohstoffen» wurde so «Milliarden mit Rohstoffen». Vor dem Hintergrund einer Slapp-Drohung erklärte sich Multiwatch zudem bereit, allfällige «Fehler» und «Unwahrheiten» im Buch zu korrigieren, forderte Glencore aber auf, diese schriftlich zu benennen. Dieser Aufforderung ist der Konzern bis heute nicht nachgekommen.

Die zwei Fälle zeigen: Der Handlungsspielraum für NGOs wird durch Klagen und Drohungen kleiner, Slapps erschweren den Einsatz für die Verteidigung der Menschenrechte. Aus diesem Grund wurde diesen Sommer die Schweizer Allianz gegen Slapps gegründet und in einen Verein überführt (siehe Seite 25 unten).

In der EU bremsen einige Mitgliedstaaten

Die europäische Politik sah bereits vor eineinhalb Jahren Handlungsbedarf: Die EU-Kommission hat am 27. April 2022 eine Richtlinie vorgeschlagen, welche die Verteidiger*innen von Menschenrechten besser schützen will. So sollen Gerichte grundlos angestrebte Verfahren gegen Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen rasch zurückweisen können. Zudem fordert die Richtlinie die Mitgliedstaaten auf, Schutzmassnahmen gegen Slapps zu ergreifen. Allerdings droht aufgrund der von den EU-Mitgliedstaaten Anfang Juni publizierten gemeinsamen Position eine Verwässerung der Richtlinie, wie Case, die europäische NGO-Koalition gegen Slapps, warnt. In einem aktuellen Report spricht Case von 820 in Europa registrierten Slapps seit 2010.

In der Schweiz wollte der grüne Nationalrat Raphaël Mahaim 2022 mit einer parlamentarischen Initiative eine gesetzliche Grundlage schaffen, um das Vorgehen gegen Slapps besser zu regeln. Doch der Nationalrat hat ihre Zulassung im März 2023 abgelehnt. Begründung: In der Schweiz gebe es keine Slapps.

«In diesem Land gab es schon immer eine starke Tendenz, die Interessen von Unternehmen und Privaten stärker zu schützen als jene der Allgemeinheit, die als weniger wichtig erachtet werden», sagte Mahaim an der Generalversammlung von Public Eye im Juni 2023 dazu. «Das ist sehr schweizerisch und im Zusammenhang mit den Slapps ziemlich beunruhigend.» ■

Der Fall Roche gegen Public Eye

2017 sprach in der Schweiz noch kein Mensch von Slapps, aber dem Sinn nach gab es sie schon damals: Ein Basler Anwalt, der dem Konzern Roche nahesteht, hatte Public Eye eine Persönlichkeitsverletzung unterstellt. Im Zusammenhang mit der Publikation eines 60-seitigen Berichts über klinische Versuche in Ägypten, der die Missachtung internationaler ethischer Standards bei klinischen Medikamentenversuchen thematisierte, forderte der Anwalt vom Gericht, es sei der Organisation zu verbieten, im Bericht oder in Zusammenhang damit den Namen oder die Bilder einer ägyptischen Testperson zu verwenden, die Public Eye befragt hatte. Der Anwalt war gemäss seinem Schreiben von ihr beauftragt worden.

Das Regionalgericht Bern-Mittelland entschied gleichentags und unter Androhung einer Busse von 10 000 Franken, dass die Verwendung von Bildern und Namen der Testperson untersagt sei. Innert einer Frist von zehn Tagen könne Public Eye zudem Stellung nehmen zu den Vorwürfen. Public Eye entfernte den Namen der Patientin, anonymisierte deren Bilder und stellte den Bericht nach einem Tag wieder online.

Aus der vollständigen Klageschrift wurde ersichtlich, dass die Krebspatientin, die gegenüber Public Eye von kaum aushaltbaren Schmerzen und schweren Nebenwirkungen des Testmedikaments berichtet hatte, im November 2016 Besuch einer neunköpfigen Delegation von Roche erhalten hatte, die zum Teil sogar aus der Schweiz angereist war. Für die Frau, deren Leben an der Teilnahme an diesem Versuch hing, dürfte dieses Treffen nicht gerade angenehm gewesen sein. Sie unterschrieb gleichentags die Vollmacht für einen Anwalt, den sie nie gesehen, geschweige denn gesprochen hatte.

Im Februar 2017 wies das Gericht die Klage schliesslich ab. Abschriften aus Tonaufnahmen und Bestätigungen der Journalistin und des Fotografen, welche die Patientin für die Recherche besucht hatten, liessen es dem Gericht als genügend glaubhaft erscheinen, dass die Patientin eingewilligt

hatte, mit Namen und Bildern im Bericht zu erscheinen. Die Gerichtskosten von 1400 Franken sowie eine Parteienentschädigung von knapp 6000 Franken auferlegte das Gericht der klagenden Partei, formal also der mittellosen Patientin. Roche behauptete gegenüber diversen Medien, das Unternehmen habe der Patientin keinerlei Anwaltskosten bezahlt. «Eine Privatperson» habe die Gerichtskosten vorgeschossen, sagte der Basler Anwalt der Westschweizer Zeitung «La Liberté». In einem Schreiben an Public Eye hielt der Anwalt zudem fest, seine Klientin würde das Urteil nicht weiterziehen – «aus finanziellen Gründen».

Erst im März 2017 gelang es einem Mitglied der ägyptischen Partnerorganisation von Public Eye, die Patientin erneut zu kontaktieren. Sie sagte, sie habe nicht gewusst, dass in der Schweiz ein Anwalt in ihrem Namen aktiv geworden sei. Der Name des Anwalts sage ihr nichts. Sie erinnerte sich nur, dass sie ein Papier unterschrieben hatte, das ihr Roche vorgelegt hatte. Für die ägyptische Partnerorganisation von Public Eye ist klar, dass die Testperson die Medikamente, die sie selbst nicht bezahlen konnte, unbedingt brauchte und daher unter grossem Druck stand. Als die Patientin erfuhr, dass der Anwalt den Fall verloren hatte, habe sie besorgt gefragt, ob Roche nun aufhören würde, das Medikament zu liefern.



«Ethische Fragen in einem herausfordernden Umfeld»: Cover eines Berichts von Public Eye über klinische Versuche in Ägypten.

Der Zweck der Schweizer Allianz gegen Slapps

Die Schweizer Allianz gegen Slapps formuliert ihren Zweck so: Der Verein vernetzt NGOs und weitere Akteur*innen der Zivilgesellschaft, die von Slapps betroffen sind, organisiert interne Schulungen und fördert einen Erfahrungsaustausch im Umgang mit Slapps. Er informiert die Öffentlichkeit und die Politik über Einschüchterungsklagen. Der Verein publiziert Studien zum Thema und organisiert öffentliche Veranstaltungen.

Zudem unterstützt er von Slapps betroffene Organisationen mit Beratung und in Einzelfällen mit finanziellen Beiträgen. Aus einem mit 100 000 Franken geäufteten Unterstützungsfonds kann die Allianz unbürokratisch und schnell bis zu 15 000 Franken sprechen. Der Verein verfolgt keine kommerziellen Zwecke und strebt keinen Gewinn an. Der Vorstand des Vereins arbeitet ehrenamtlich.

Erfolg in Bern: Rückstände von verbotenen Pestiziden in importierten Lebensmitteln sind künftig unzulässig

Mitte Juni hat das Parlament durch die Zustimmung zu einer Motion von Christine Badertscher dem Bundesrat einen klaren Auftrag erteilt: Künftig sollen Rückstände von Pestiziden, deren Verwendung in der Schweiz verboten ist, bei Importen nicht mehr toleriert werden. Zuvor hatten Recherchen von Public Eye gezeigt, dass die Behörden 2021 in mehr als einem Drittel der Stichproben bei Importlebensmitteln Spuren solcher Pestizide gefunden hatten.

CARLA HOINKES

385 Millionen. Das ist die Zahl der Menschen, die gemäss den Schätzungen einer kürzlich vom UN-Umweltprogramm Unep zitierten Studie jährlich Vergiftungen durch Pestizide erleiden. Die Symptome reichen von Kopfschmerzen, Hautreizungen oder Übelkeit bis hin zu schweren Organschäden. Tausende Menschen sterben jedes Jahr an den Folgen. Die überwiegende Mehrzahl dieser Vergiftungsfälle betrifft landwirtschaftliche Arbeitskräfte in Ländern mit tiefen und mittleren Einkommen. Dort haben die eingesetzten Pestizidmengen vielerorts stark zugenommen, in den letzten 20 Jahren beispielsweise um 340 % in Brasilien oder um 390 % in Bangladesch. Gleichzeitig fehlen vielerorts angemessene Kontrollen und Regulierungen zum Schutz der Gesundheit der Anwender*innen.

Ausgerechnet in diesen Ländern – es handelt sich um so unterschiedliche Staaten wie die Türkei, Indien, Thailand, Uganda, Brasilien oder Marokko – kommen auch besonders viele Pestizide zum Einsatz, die in der Schweiz und in der EU aufgrund bekannter Gefahren für die Gesundheit oder die Umwelt bereits verboten wurden. Verkauft werden diese Stoffe oft von Herstellern, die ihren Sitz in der EU oder der Schweiz haben, wie dem Basler Agrochemieriesen Syngenta. Verwendet werden sie auch bei der Produktion von exotischen Früchten, Gewürzen, Gemüsen und anderen Lebensmitteln, die für den Import nach Europa und in die Schweiz bestimmt sind.

Wie unsere Auswertung von Daten des Bundesamts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) von diesem Mai zeigte, wurden 2021 Rückstände

oder Abbauprodukte von 57 verschiedenen verbotenen Pestiziden in Lebensmitteln nachgewiesen, die von ausserhalb der EU in die Schweiz importiert worden sind. Demnach enthielt mehr als ein Drittel dieser aufgrund eines «Verdachts oder Risikos» von den Behörden getesteten Lebensmittel Spuren von einem oder mehreren solchen Pestiziden

Anteil belasteter Lebensmittel ist zwischen 2017 und 2021 deutlich gestiegen

Schon vor drei Jahren hatten wir festgestellt, dass 2017 rund jedes zehnte getestete Importlebensmittel (und jedes fünfte von ausserhalb der EU) solche Rückstände aufwies. Seither hat sich der Anteil belasteter Lebensmittel deutlich vergrössert. Das liegt auch daran, dass in der Schweiz seit 2018 viele hochgefährliche Pestizide vom Markt genommen wurden. Darunter sind die Bienenkiller Imidacloprid, Thiamethoxam und Clothianidin aus der Klasse der Neonicotinoide, das in der Schweiz seit 2020 verbotene Insektizid Chlorpyrifos, das wahrscheinlich Hirnschäden und Entwicklungsstörungen bei Kindern verursacht, oder das als vermutlich krebserregend eingestufte Fungizid Chlorothalonil, dessen Abbauprodukte sich in der Schweiz im Grundwasser angereichert haben. All diese Stoffe gehörten zu den 2021 am häufigsten nachgewiesenen Stoffen in Importlebensmitteln (siehe Details Seiten 29 bis 31, Zweittext und Grafiken).

Eigentlich sind solche Rückstände verbotener Pestizide gesetzlich schon lange untersagt. Für sie gilt in der EU wie in der Schweiz die Bestimmungsgrenze von maximal 0,01 mg/kg. Dennoch wurden auf Antrag



Oft mit Rückständen verbotener Pestizide belastet: Gemüse in einem Asien-shop.

bei zahlreichen problematischen Substanzen zum Teil deutlich höhere Grenzwerte, sogenannte Einfuhrtoleranzen, gewährt. Möglich war dies laut Bundesrat auch bei verbotenen Stoffen, solange der «Verzehr von damit behandelten Lebensmitteln» als «gesundheitlich unbedenklich» eingeschätzt wurde. Unberücksichtigt blieben dabei jedoch die Umwelt und die Gesundheit der in der Landwirtschaft Beschäftigten in Drittstaaten, die den Giften direkt ausgesetzt sind.

Das Parlament befand diese Situation nun für inakzeptabel. Bereits im Sommer 2022 hatte der Nationalrat eine Motion von Christine Badertscher (Grüne) mit 120 zu 63 Stimmen angenommen, die eine konsequente Nulltoleranz gegenüber Rückständen aller innerhalb der Schweiz aus Umwelt- oder Gesundheitsschutzgründen verbotenen Pestizide forderte. Die vom Bund praktizierten Einfuhrtoleranzen gefährdeten nicht nur die Umwelt und die Anwender*innen in Drittstaaten, sondern würden auch «ungleich lange Spiesse für Schweizer Landwirtschaftsbetriebe schaffen», die bereits heute ohne diese Produkte auskommen, begründete die Motionärin ihren Vorstoss. Dieser wurde auch von zahlreichen Produzentenorganisationen und dem Schweizer Bauernverband unterstützt. Bevor die Motion im Juni 2023 im Ständerat zur Abstimmung kam, wandten sich die Verbände mit einem Schreiben an die Ratsmitglieder. Darin verwiesen sie auch auf «schwerwiegende Vergiftungen bei Land-

wirten in Drittstaaten» durch solche Stoffe und betonten, dass die Schweiz sich ihrer «Verantwortung auch gegenüber anderen Ländern» bewusst sein sollte. Auch der Westschweizer Konsumentenverband FRC war der Ansicht, dass der Bundesrat diese Rückstände im Sinne eines nachhaltigeren Konsums nicht länger tolerieren sollte.

Überzeugen liess sich schliesslich auch eine knappe Mehrheit des Ständerats: Am 15. Juni stimmte die kleine Kammer der Motion zu. Nun ist es am Bundesrat, eine entsprechende Regelung zu erarbeiten.

Schweiz könnte Vorreiterrolle für andere Länder in Europa einnehmen

Die Annahme der Motion ist ein erster wichtiger Schritt im Kampf gegen den internationalen Handel mit hochgiftigen, in der Schweiz bereits verbotenen Pestiziden. Führt die Schweiz eine konsequente Nulltoleranz gegenüber Rückständen solcher Pestizide bei Importen ein, schafft sie damit einen wichtigen Anreiz, dass die problematischen Stoffe bei der Herstellung von Lebensmitteln in Drittländern nicht mehr verwendet werden. Zudem kann sie eine Vorreiterrolle für andere Länder in Europa einnehmen. Die Europäische Kommission hat das Problem ihrerseits auch erkannt und will die Rückstandshöchstgrenzen für in der EU verbotene Pestizide ebenfalls überarbeiten. Dabei will sie neu auch Aspekte wie «globale Umweltauswirkungen» berücksichtigen.

Good News: Belgien stoppt Exporte giftiger Pestizide

Am 23. Juni hat die belgische Regierung einen Erlass verabschiedet, der die Ausfuhr von Pestiziden und bestimmten anderen Chemikalien untersagt, deren Nutzung innerhalb der EU aus Gründen des Umwelt- oder des Gesundheitsschutzes verboten ist. Public Eye und Uearthed hatten bereits 2020 aufgedeckt, dass Belgien eine wichtige Rolle beim Export solcher Pestizide aus der EU spielte. Ein Jahr später zeigten wir, dass Belgien der grösste Exporteur von bienenschädlichen Neonicotinoiden war: Innerhalb von nur vier Monaten verschiffte das Land im Jahr 2021 Pestizidprodukte mit mehr als 300 Tonnen dieser Bienenkillerinsektizide mehrheitlich nach Brasilien. Die mit Abstand grössten Exportmengen gingen auf Syngenta zurück. Diese Enthüllungen schlugen grosse Wellen in den belgischen Medien und veranlassten die Regierung, im Jahr 2022 die Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage anzukündigen, die den Exporten ein Ende setzen sollte. «Wenn diese Produkte heute auf dem europäischen Markt verboten sind, dann deshalb, weil ihre Verwendung sehr schädlich ist für die Gesundheit des Menschen, der Tiere und der Umwelt», sagte die belgische Umweltministerin Zakia Khat-tabi bei der Bekanntgabe des Verbots. Und weiter: «Es versteht sich von selbst, dass das, was bei uns nicht gut ist, auch anderswo nicht gut ist!»

Auch andere Länder bewegen sich. In Frankreich ist bereits seit 2022 ein Exportverbot für verbotene Pestizide in Kraft, Deutschland erarbeitet ein solches. Allerdings weisen die beschlossenen und geplanten Regelungen teilweise empfindliche Lücken und Schlupflöcher auf. Pestizidhersteller haben das Verbot in Frankreich umgangen, indem sie auf andere Exportländer ausgewichen sind. Verhindern kann dies nur ein lückenloses Exportverbot aus ganz Europa, inklusive Nicht-EU-Ländern wie der Schweiz. Die Europäische Kommission hat soeben eine öffentliche Konsultation dazu abgeschlossen – teilgenommen haben 2668 Organisationen und Privatpersonen aus der EU und der ganzen Welt – und will noch dieses Jahr einen Gesetzesvorschlag für die EU erarbeiten.

Weil Neonicotinoide laut EU «weltweit zum Bienensterben beitragen», hat sie bereits eine Nulltoleranz gegenüber Thiamethoxam und Clothianidin beschlossen.

Toxischen Kreislauf stoppen

Neben dem Import muss nun dringend auch der Export besser reguliert werden. Denn häufig werden die verbotenen Pestizide in Europa produziert und von hier aus exportiert, bevor Spuren davon über Lebensmittel zurück zu uns gelangen. So meldeten Pestizidhersteller in der EU allein im Jahr 2021 die Ausfuhr von über 13 000 Tonnen Neonicotinoid-Insektiziden, wie Public Eye und Uearthed (die Investigativeinheit von Greenpeace Grossbritannien) kürzlich aufdeckten. Grösster Exporteur war der Schweizer Konzern Syngenta, der allein mehr als 10 000 Tonnen Thiamethoxam aus der EU hauptsächlich nach Brasilien ausführte.

Nachdem vor einigen Jahren klar geworden war, dass Syngenta auch aus der Schweiz verbotene Pestizide exportierte – darunter das jetzt in Importlebensmitteln nachgewiesene Insektizid Profenofos –, beschloss der Bundesrat im Herbst 2020, die Ausfuhrbestimmungen von hierzulande verbotenen Pestiziden zu verschärfen und den Export von fünf Substanzen, darunter Profenofos, ganz zu verbieten. Diese seit 2021 geltenden Regeln sind allerdings lückenhaft und schliessen zahlreiche bei uns kürzlich verbotene Pestizide nicht mit ein. So zeigten von Public Eye ausgewertete Behördendokumente, dass 2021 mindestens 65 Tonnen thiamethoxamhaltiger Produkte die Schweiz passiert haben. Da der Stoff keiner Ausfuhrmeldepflicht beim Bundesamt für Umwelt unterliegt und sich jeglicher Kontrolle entzieht, lässt sich die aus der Schweiz exportierte Menge jedoch nicht ermitteln. Das gilt auch für das Pilzbekämpfungsmittel Chlo-rothalonil, das in der Schweiz und der EU vor drei Jahren verboten wurde und jetzt die Trinkwasserversorgung in Costa Rica bedroht (siehe Public Eye Magazin vom Juni), sowie für Dutzende andere verbotene Substanzen.

Im letzten März erklärte Umweltminister Albert Rösti im Ständerat, dass die Schweiz «grundsätzlich» auch den «Export dieser Stoffe untersagen» wolle, «wenn die Umwelt oder die Gesundheit von Menschen gefährdet wird». Bisher hat er diesen Worten jedoch keine Taten folgen lassen. Dabei wäre es höchste Zeit, dass die Schweiz als Sitzstaat des weltgrössten Pestizidherstellers Syngenta nicht bloss die Einfuhr über Lebensmittelimporte, sondern auch die Ausfuhr aller hierzulande aus Umwelt- oder Gesundheitsschutzgründen verbotenen Pestizide endlich stoppt. Belgien hat unlängst diesen wichtigen Schritt gemacht (siehe Box). ■

Carla Hoinkes nimmt bei Public Eye die globalen Geschäfte der Schweizer Agrarkonzerne unter die Lupe.



Aus Europa auf die Felder der Welt und zurück – auch in die Schweiz

2021 enthielt mehr als jede dritte Probe von Lebensmitteln, die von ausserhalb der EU in unser Land importiert und von den Behörden untersucht wurden, Spuren von Pestiziden, die in der Schweiz verboten sind. Das zeigt unsere Auswertung von zuvor unveröffentlichten Daten. Weil der Bund für viele der verbotenen Pestizide bisher hohe Grenzwerte ermöglicht hat, gelten die meisten dieser Rückstände als legal. Das Parlament will diesen Missstand nun beheben und fordert vom Bundesrat eine konsequente Nulltoleranz.

CARLA HOINKES

Gemäss den Daten des Bundesamts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) wurden Rückstände oder Abbauprodukte von 57 verschiedenen auf Schweizer Feldern verbotenen Pestizidwirkstoffen in Lebensmitteln nachgewiesen, die von ausserhalb der EU in die Schweiz importiert wurden. Die Daten enthalten an das Bundesamt übermittelte Ergebnisse von Pestizidanalysen, die kantonale Behörden im Jahr 2021 verdachts- oder risikobasiert bei ausgewählten Importen durchgeführt hatten. Knapp die Hälfte der 1419 Lebensmittel stammte aus EU-Ländern. Während in diesen Proben kaum Spuren von verbotenen Pestiziden nachgewiesen wurden, enthielt mehr als jede dritte (35%) der insgesamt 737 in den BLV-Daten aufgeführten Lebensmittelproben von ausserhalb der EU solche

Substanzen. In über der Hälfte (56%) der getesteten Gewürze, Küchenkräuter sowie Gemüse- und Früchtearten wurden Spuren von mehr als einem verbotenen Pestizid gefunden. In einer einzigen Gewürzprobe aus Thailand waren es 18 verschiedene Stoffe. Bei den Gewürzen, den Bohnenarten sowie den Paprikas und Chilis war der Anteil der Proben mit verbotenen Pestiziden mit 50% und 51% am höchsten (siehe Tabelle links oben auf Seite 30).

In den meisten Proben wurden die aktuell geltenden Grenzwerte nicht überschritten. Besonders problematisch sind die Substanzen für die Umwelt und die Gesundheit der Anwender*innen in Drittstaaten, die den Giften bei der Herstellung der Lebensmittel unmittelbar ausgesetzt sind. →

VIEL GIFT AUF IMPORTIERTEN FRÜCHTEN, GEMÜSEN UND KRÄUTERN

Public Eye hat die Resultate von Tests analysiert, welche die Kantone im Jahr 2021 aufgrund eines Risikos oder Verdachts bei Importlebensmitteln von ausserhalb der EU durchgeführt hatten: 255 von 737 Proben enthielten Rückstände von in der Schweiz verbotenen Pestiziden. Die Kantone hatten die Daten ans Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen übermittelt.

Gewürze, Bohnen, Paprikas und Chilis an der Spitze

60% aller belasteten Proben betrafen die nachfolgend aufgeführten fünf Produktgruppen.

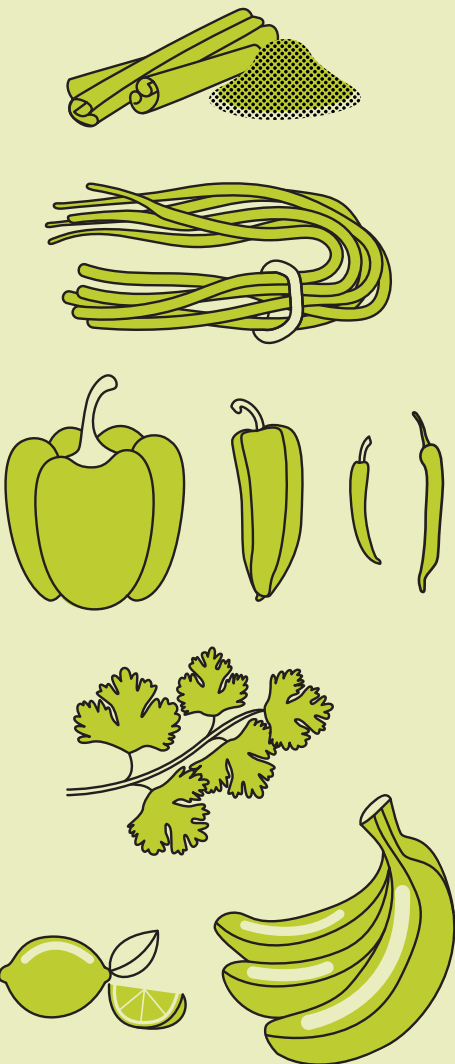
Produkte	Proben total	Proben mit verbotenen Pestiziden
Gewürze	55	51%
Bohnenarten	51	51%
Paprikas und Chilis	44	50%
Frische Kräuter	53	45%
Exotische Früchte inkl. Bananen	115	43%

Lebensmittel aus Indien am häufigsten belastet

Mehr als jede zweite Probe aus Indien enthielt verbotene Pestizide.

Land	Proben total	Proben mit verbotenen Pestiziden
Indien	57	50,9%
Sri Lanka	30	46,7%
Brasilien	35	45,7%
Türkei	64	45,3%
China	59	44,1%
Thailand	117	36,8%
Marokko	37	35,1%
Vietnam	48	31,3%

Länder mit weniger als 30 durchgeführten Proben wurden nicht berücksichtigt.



Diese zwölf verbotenen Substanzen wurden am häufigsten nachgewiesen

Substanz	Anzahl Proben	Gründe für das Verbot in der EU und der Schweiz
Carbendazim*	85	<ul style="list-style-type: none"> • Erbgutverändernd • Fortpflanzungsgefährdend • Giftig für Wasserorganismen
Imidacloprid	67	<ul style="list-style-type: none"> • Hohes Risiko für Bienen
Chlorpyrifos	58	<ul style="list-style-type: none"> • Hohes Risiko für Bienen
Thiamethoxam	38	<ul style="list-style-type: none"> • Hohes Risiko für Bienen
Clothianidin	37	<ul style="list-style-type: none"> • Hohes Risiko für Bienen
Bifenthrin	30	<ul style="list-style-type: none"> • Hohes Risiko für Bienen
Fipronil	17	<ul style="list-style-type: none"> • Hohes Risiko für Bienen
Thiacloprid	16	<ul style="list-style-type: none"> • Fortpflanzungsgefährdend • Grundwasserverschmutzend
Propiconazol	16	<ul style="list-style-type: none"> • Fortpflanzungsgefährdend • Grundwasserverschmutzend
Chlorothalonil	16	<ul style="list-style-type: none"> • Krebserregend • Grundwasserverschmutzend
Carbofuran	15	<ul style="list-style-type: none"> • Risiko für Konsument*innen, vor allem für vulnerable Gruppen wie Kinder
Profenofos*	15	<ul style="list-style-type: none"> • Gesundheitsschädlich bei Verschlucken oder Einatmen und bei Hautkontakt • Giftig für Wasserorganismen

* Bei diesen Substanzen liegt keine Verbotsbegründung durch die Europäische Kommission vor. Einstufung gemäss der harmonisierten Einstufung und Kennzeichnung der EU.



Indien ist das Land, das bei Kontrollen in der Schweiz prozentual am meisten Rückstände von hierzulande verbotenen Pestiziden in Lebensmitteln aufweist. Hier ein Bauer in Rajasthan bei der Ernte von Koriander.

Mehr als die Hälfte der zwölf am häufigsten nachgewiesenen Substanzen bergen laut den Europäischen Behörden akute oder chronische Gesundheitsrisiken beim Menschen (siehe Tabelle auf Seite 30 unten). In vielen Ländern, aus denen die belasteten Importlebensmittel stammen, darunter Indien, Brasilien, die Türkei oder Thailand, sind Pestizidvergiftungen ein verbreitetes Problem.

Allein in Indien erleiden bis zu 145 Millionen Menschen mindestens einmal jährlich leichte bis schwere Pestizidvergiftungen, so die Schätzung der von Unep zitierten Metastudie. 2021 registrierten indische Behörden zudem fast 35 000 Todesfälle durch Selbstvergiftungen oder Unfälle, wobei Wissenschaftler*innen von hohen Dunkelziffern ausgehen. Bei uns verbotene Substanzen, etwa hochgiftige Insektizide wie Chlorpyrifos oder Profenofos, spielen dabei oft eine wichtige Rolle. Spuren beider Insektizide wurden 2021 mehrfach in Gewürzen und Gemüsen aus Indien nachgewiesen. Insgesamt enthielt über die Hälfte der getesteten Lebensmittel aus Indien verbotene Pestizide (siehe Tabelle oben rechts auf Seite 30).

Solche Pestizide wurden auch in 37 % der getesteten Lebensmittel aus Thailand nachgewiesen, besonders oft in Küchenkräutern und Gemüsen. Für dieses Land zeigten Studien wiederholt eine erhöhte Präsenz von Pestizidspuren im Körper von Menschen, die in Landwirtschaftsregionen leben und arbeiten. Kürzlich hat die Regierung die hochgiftigen Pestizide Chlorpyrifos und Paraquat deswegen verboten, ebenso wie deren Rückstände in Lebensmitteln, die im Inland verkauft werden.

Auch in knapp der Hälfte der Proben aus der Türkei wurden verbotene Substanzen festgestellt, ebenso wie in Bananen und anderen exotischen Früchten aus Brasilien, Ecuador und Kolumbien. In Lateinamerika sind die Arbeiter*innen auf Fruchtplantagen sowie die Anwohner*innen diesen Substanzen besonders oft ausgesetzt, mit verheerenden Gesundheitsfolgen, wie 2020 unsere Recherchen auf Bananenplantagen in Ecuador zeigten. Ähnlich ist die Situation im ländlichen Brasilien, wo zahlreiche Studien auf einen Zusammenhang zwischen der wiederholten Exposition gegenüber hochgefährlichen Pestiziden und Folgen wie Unfruchtbarkeit, Fehlgeburten, Missbildungen, Krebs sowie neurologischen oder hormonellen Problemen hinwiesen.

Die Bienenkiller

Unter den Top zwölf der am häufigsten nachgewiesenen verbotenen Pestizide waren auch fünf Insektizide, die von europäischen und Schweizer Feldern verbannt wurden, weil sie für Bestäuber hochgiftig sind, darunter die Neonicotinoide Imidacloprid, Thiamethoxam und Clothianidin. Spuren solcher Bienengifte wurden häufig in Lebensmitteln aus Regionen gefunden, die globale Hotspots der Artenvielfalt beherbergen, wie die südostasiatische Halbinsel, Sri Lanka oder die Türkei, und wo deren Verwendung besonders problematisch ist. ■





Wenn die Sekschülerin einen Lohn zum Leben will

Mit Schulbesuchen will Public Eye Jugendliche informieren, ihre Betroffenheit aufgreifen und sie ermutigen, sich aktiv für eine gerechtere Welt einzusetzen. Wir waren an einem Sommermorgen dabei im Klassenzimmer der Sek. A1b in Dübendorf ZH.

ROMEO REGENASS

«Wir wollen keinen Mindestlohn, wir wollen einen Lohn zum Leben!» Wie die zierliche Sekundarschülerin dem gestandenen Mann auf dem Bürostuhl ihre Forderung entgegenschmettert, fährt ein. Und begeistert die ganze Klasse. Anerkennende Kommentare und Gesten beim Gang der Schülerin zurück ans Pult.

Public Eye ist auf Schulbesuch in der Sekundarklasse A1b von Lehrerin Marianne Lenherr in Dübendorf, und die rund 14-jährigen Schüler*innen führen sich gegenseitig vor, was sie als kurzes Rollenspiel einstudiert haben. Maria ist das Mitglied einer fünfköpfigen Delegation von Arbeiter*innen einer Textilfabrik in Bangladesch, die bei ihrem Boss, gespielt vom Schulbesucher Martin Beck, einen höheren Lohn fordert. Und eben: Kein Mindestlohn, nein, ein Existenzlohn soll es sein – ein Lohn zum Leben.

Was der Unterschied zwischen diesen beiden Begriffen ist, wurde an diesem Morgen allen in der Klasse klar: Der Mindestlohn ist das gesetzliche Minimum, das ein Land vorschreibt. Aber dieser liegt meist deutlich unter dem Lohn, den es braucht, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können: dem Existenzlohn.

Spielerische Annäherung ans Thema

Thema des Schulbesuchs: kritischer Konsum am Beispiel Kleidermode. In der ersten Gruppenübung müssen sich die 14-Jährigen aufgrund ihrer Haltung links oder rechts der Wandtafel positionieren: Welche Aussagen treffen auf wen zu? «Wenn mir etwas gefällt, kümmert es mich wenig, wie das Kleidungsstück produziert wurde.» Oder eher diese? «Ich achte auf eine gute Qualität, damit ich das Kleidungsstück lange tragen kann.» Da kommen noch nicht die grossen Diskussionen in Gang, aber es ist eine erste spielerische Annäherung an das Thema.

Darauf folgt ein Dokumentarfilm aus Bangladesch. Der Schulbesucher Martin Beck lässt die Klasse durchnummerieren. Alle mit der Eins konzentrieren sich auf die Bilder. Jene mit der Zwei sollen sich die Zahlen merken. Die mit der Drei kriegen die schwierigste Aufgabe: Sie sollen sich an Zusammenhänge erinnern.

Die Bilder: Auf den Strassen der Stadt schlafen Erwachsene und Kinder ohne Obdach auf dem Trottoir. Die Textilarbeiterin, die erzählt, lebt in einer Hütte aus löchrigem Wellblech. Die Zahlen: Die Frau arbeitet sechs bis sieben

Tage die Woche, 12 bis 16 Stunden am Tag – und verdient umgerechnet 75 Franken im Monat. Die Zusammenhänge: Sie hat ihr Gesicht verhüllt, weil sie Angst vor ihrem Arbeitgeber hat. Weil sie zu wenig verdient, ist sie arm, obschon sie viel arbeitet. Immer mehr Menschen versuchen in der Stadt ihr Glück, weil Überschwemmungen die Ernte vernichtet haben. Die Klasse löst die Aufgabe mit Bravour, die wichtigsten Aussagen des Films sind erkannt.

«Voll wenig», was die Arbeiterin verdient

Weiter geht es mit einer zweiten Gruppenübung, dieses Mal mit dem zweiten Schulbesucher, Werner Lüthy: Ein Set Karten mit Fotos und Texten muss so auf den Tisch gelegt werden, dass die Abfolge in der Herstellung eines T-Shirts stimmt. Dass das Pflücken der Baumwolle in Burkina Faso der erste Schritt ist, bereitet noch wenig Kopfzerbrechen. Doch was folgt dann? Richtig. Zuerst wird in der Türkei das Garn hergestellt, dann der Stoff in Indien. Und wer verdient wie viel daran? Kriegt die Textilarbeiterin bei einem Verkaufspreis von 15 Franken wirklich 2 Franken? Schön wärs. Sie verdient nur 50 Rappen. «Das ist ja voll wenig», stellt ein Mädchen fest.

Nach der grossen Pause lesen zwei Jungs einander die Aufschriften auf den Etiketten ihrer T-Shirts vor: «Made in Thailand». «Made in Bangladesh». Sie sind schon voll im Thema und damit bereit fürs Rollenspiel, in dem jede Gruppe eine andere Situation darstellen soll. Einmal geht es um eine Textilarbeiterin, die zu wenig Geld hat, um für ihr krankes Kind die Behandlung bei der Ärztin zu bezahlen. Einmal um eine Arbeiterin, die ihre Nachbar*innen anbetelt, weil sie ihren Kindern kein Essen mehr kaufen kann. Und schliesslich um die am Anfang des Artikels erwähnte Delegation, die vom Boss einen Lohn zum Leben verlangt. Doch dieser zeigt wenig Verständnis: Will er den Auftrag für 1500 T-Shirts nicht an die Konkurrenz verlieren, könne er den Lohn nicht erhöhen, sagt er.

Am Schluss besprechen die zwei Schulbesucher mit der Klasse A1b, wie sie über diesen vielseitigen Schulbesuchsmorgen hinaus am Thema weiterarbeiten kann. Leser*innenbriefe in der Lokalzeitung schreiben, Kleiderfirmen auffordern, gerechte Preise in den Produktionsländern zu zahlen, ein Plakat gestalten und in der Schule aufhängen, auf Tiktok oder Instagram etwas posten, einen Kleidertausch organisieren – Möglichkeiten gibt es viele.

Marianne Lenherr will das Thema auf jeden Fall vertiefen. «Fast Fashion ist für Schülerinnen und Schüler in diesem Alter eine grosse Verlockung», sagt die Lehrerin. «In den sozialen Medien begegnen sie der Werbung dafür auf Schritt und Tritt. Deshalb finde ich es so wichtig, dass sie möglichst viel über die üblen Bedingungen wissen, unter denen diese Billigkleider produziert werden.» ■

Interessierte Schulen und Lehrkräfte gesucht

Viele junge Menschen sind sich nicht bewusst, dass wir in der Schweiz mit unserem Konsum- und Einkaufsverhalten eine Mitverantwortung für die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen im globalen Süden tragen. Mit dem Schulbesuchsprogramm sensibilisieren wir Kinder und Jugendliche für diese Problematik und zeigen ihnen auf, wie sie eine gerechtere Welt aktiv mitgestalten können. Vielleicht bei Ihnen in der Klasse, im Konfirmationsunterricht oder im Rahmen einer Projektwoche?

Mit unserem halb- oder ganztägigen Schulbesuchsangebot sprechen wir junge Menschen im Alter von etwa 10 bis 18 Jahren an. Die ehrenamtlich tätigen Mitglieder unseres Schulbesuchsteams werden von uns ausgebildet und besuchen Sie und Ihre Klasse oder Jugendgruppe meist zu zweit.

Schulbesuche mit Fokus «Kritischer Konsum» gibt es zu folgenden Themen:

- **Schokolade**
(Kinderarbeit im Kakaoanbau;
ab 4. Klasse Primarschule bis Sek. I)
- **Kleider**
(Globale Modeindustrie;
ab 4. Klasse Primarschule)
- **Handys**
(Rohstoffabbau und -recycling;
ab Sek. I)
- **Orangensaft**
(Globaler Agrarrohstoffhandel;
ab Sek. I)



Interessierte Schulen oder Jugendgruppen können uns gerne schreiben:

schulbesuch@publiceye.ch



Weitere Infos finden Sie auf
publiceye.ch/schulbesuche



Das Wort der Stunde

Der etwas andere Blick auf ein zentrales Wort dieser Ausgabe

ERDÖL AUS DEM AMAZONAS

Whistleblower in Ecuador ermordet

Der Gewerkschafter, Journalist und Politiker Fernando Villavicencio wurde mitten im Präsidentschaftswahlkampf ermordet. Er hatte unter anderem ein Korruptionsgeflecht um die Vergabe von Erdöl an ausländische Konzerne aufgedeckt.

Fernando Villavicencio hat sein ganzes Leben damit verbracht, Korruption anzuprangern. Durch dieses Engagement hatte er sich viele Feinde geschaffen. Beim Verlassen einer politischen Versammlung in Quito wurde der 59-jährige Präsidentschaftskandidat am 9. August dieses Jahres auf offener Strasse ermordet, offenbar von einer Bande kolumbianischer Auftragskiller. Ob korrupte Eliten, Drogenhändler oder Ölmultis: Fernando Villavicencio nahm es mit allen auf.

Public Eye hatte ihn im Frühjahr 2021 getroffen, kurz vor seiner Wahl zum Senator. Er sagte damals, er sei sich der Risiken bewusst, die er eingehen, und entschärfe jede Situation durch seinen Sinn für Humor. Unter anderem hatte er auf die Verantwortung des chinesischen Giganten Petrochina und des Genfer Konzerns Gunvor in einem Korruptionsskandal hingewiesen, der den ecuadorianischen Staat um seine Öleinnahmen brachte. In der Schweiz läuft ein Strafverfahren zum Korruptionsfall.

Bevor er investigativer Journalist und später Politiker wurde, hatte Fernando Villavicencio seine Karriere als Gewerkschafter beim staatlichen Ölförderer Petroecuador begonnen. Er hat nie aufgehört, die Korruption und die kleinen Absprachen der Mächtigen anzuprangern.

Unsere Gedanken sind bei seiner Familie und seinen Angehörigen. ■

ADRIÀ BUDRY CARBÓ

Wenn sie mit dem Rücken zur Wand stehen und mit Enthüllungen konfrontiert werden, die ihnen nicht gefallen, fackeln gewisse Konzerne oder vermögende Privatpersonen nicht lange: Sie bemühen die Justiz, um ihre Kritiker*innen einzuschüchtern. Es geht ihnen nicht einmal darum, vor Gericht Recht zu bekommen. Wichtiger ist ihnen, mit einer Armee von Anwält*innen Eindruck zu schinden, um Nichtregierungsorganisationen und Journalist*innen einzuschüchtern, die es wagen, Aktivitäten ans Licht zu zerren, die sie lieber geheim halten würden. Anstatt Verantwortung für ihre Geschäfte zu übernehmen, ziehen sie es vor, ihre finanzielle Schlagkraft einzusetzen, um ihre Gegner*innen zum Schweigen zu bringen, indem sie diese auf die Anklagebank setzen. Zugegeben: Diese Umkehrung der Rollen ist mindestens so dreist wie clever.

Solche juristischen Winkelzüge werden als strategische Klagen gegen die öffentliche Beteiligung bezeichnet, eine Übersetzung des englischen Begriffs «strategic lawsuits against public participation». Die gebräuchliche Abkürzung Slapp, die sich aus den Anfangsbuchstaben ergibt, erinnert passenderweise an das englische Wort «slap» für «Ohrfeige».

Im Französischen werden Slapps als «procédure-bâillon» bezeichnet: Maulkorbverfahren. Mit dem Begriff der Einschüchterungsklage gibt es auch im Deutschen ein Wort, das auf Anhieb verständlich ist und ohne Englisch auskommt. In Deutschland und Österreich sprechen die Medien denn auch meist von Einschüchterungsklagen. Nur in der Deutschschweiz, wo das Englische zumindest im städtischen Alltag immer präsenter wird, dominiert der Begriff «Slapps» die Berichterstattung.

Wie auch immer man sie nennen mag: Diese Klagen nehmen zu – insbesondere bei Public Eye. Mehrmals haben von uns Angegriffene in den letzten Jahren versucht, uns so zum Schweigen zu bringen. Bisher erfolglos. Die Kritiker*innen angreifen, statt die Kritik zu widerlegen: Ist das nicht ein klares Schuldeingeständnis?

MAXIME FERRÉOL





25 104 Unterschriften gegen Schweizer Handel mit klimaschädlicher Kohle

23.2027. Das ist die Geschäftsnummer, welche die Parlamentsdienste der Petition «Kein Handel mit klimaschädlicher Kohle in der Schweiz» gegeben haben, die Public Eye am 27. Juni 2023 der Bundeskanzlei überreicht hat. Darin fordern 25 104 Menschen den Bundesrat und das Parlament auf, das Geschäft mit dem grössten globalen Klimakiller zu stoppen.

Und das mit gutem Grund: Schweizer Unternehmen handeln 40 % der globalen Kohle und fördern in eigenen Minen über 500 Millionen Tonnen pro Jahr. Damit sind diese Unternehmen für indirekte CO₂-Emissionen verantwortlich, die höher liegen als der gesamte jährliche Ausstoss der USA. Die Unterzeichnenden verlangen von der Schweiz, diesen grossen blinden Fleck in ihrer Klimapolitik anzuerkennen und bis 2030 aus dem Kohlehandel auszusteigen.

Kohle ist der weltweit dreckigste Energieträger. Doch trotz den Reduktionszielen im Pariser Klimaabkommen boomt der Klimakiller: 2022 wurden über 8 Milliarden Tonnen Kohle abgebaut – mehr als je zuvor. Ende letzten Jahres deckte Public Eye auf, dass 245 Schweizer Unternehmen daran beteiligt sind. Die Rohstoffhändler in Zug, Genf und Lugano haben 2022 damit Rekordprofite gemacht. Auch die Schweizer Banken profitieren kräftig: Zwischen 2016 und September 2022 haben sie dem hiesigen Kohlektor 3,15 Milliarden US-Dollar geliehen. Daran beteiligt sind neben Credit Suisse und UBS auch die Kantonalbanken von Zürich, Waadt und Genf und die Nationalbank.

Mit ihrer dominanten Stellung im Kohlehandel hat die Schweiz einen grossen klimapolitischen Hebel und eine globale Verantwortung. An der Weltklimakonferenz in Glasgow, wo 2021 die Abkehr von der Kohle beschlossen wurde, setzte sich die Schweiz sogar für den weltweiten Kohleausstieg ein. Um dieses Ziel zu erreichen, muss sie ihren Kohlehandelsplatz in die Schranken weisen.



Stärken, was Ihnen wichtig ist: ein Testament zugunsten von Public Eye

Was bewegt Menschen dazu, ihr Vermögen nach ihrem Tod an gemeinnützige Organisationen und Projekte weiterzugeben? Die persönlichen Motive sind sehr unterschiedlich. Manchmal findet man auch erst im Gespräch heraus, was wichtig ist und was bleiben soll. Gerne können Sie mit uns über Ihre persönlichen Herzensprojekte sprechen.

Niemand kann Ihnen die Entscheidung abnehmen, ob Sie einen letzten Willen hinterlassen möchten oder nicht. Aber ohne Testament tritt immer die gesetzliche Erbfolge in Kraft. Der Staat hat für diesen Fall genau festgelegt, in welcher Reihenfolge und in welchem Verhältnis das Erbe weitergegeben wird. Können Sie damit für alle sorgen, die Ihnen am Herzen liegen, oder bleiben einige ausgeschlossen? Gibt es Stief- oder Pflegekinder oder nicht eheliche Lebenspartner*innen? Was ist mit Freund*innen oder Bekannten, bei denen Sie sich bedanken möchten? Oder Menschen, die Sie betreut oder gepflegt haben? Seit 2023 sind die Pflichtteile für gesetzliche Erb*innen tiefer und die frei verfügbare Quote höher – das gibt Ihnen mehr Spielraum.

Ein Testament schafft Klarheit

Für ein Testament spricht, dass man Verwandte oder Freund*innen ebenso wie gemeinnützige Organisationen berücksichtigen kann. So kann man sein Vermögen gerecht verteilen und sich langfristig engagieren – auch zugunsten von Public Eye. Jeder Nachlass – ob gross oder klein – hilft Public Eye, sich unabhängig von wirtschaftlichen Interessen für eine gerechte und solidarische Welt einzusetzen.

Bei Fragen zu Ihrer Nachlassplanung und den Möglichkeiten, wie Sie Public Eye begünstigen können, ist Chantal Sierro gerne für Sie da:

Tel. 044 277 79 18, chantal.sierro@publiceye.ch



Mehr Infos zum Thema finden Sie auf unserer Website: publiceye.ch/testament

